

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR DEN MARSHALLPLAN

Az.: II/2c-4/31

Bad Godesberg, den 24.6.1950  
Haus Carstanjen  
Fernruf: Bad Godesberg  
3881-3884  
Bundeshausleitung  
2745-2746

*MA*

~~Vertrauliche Information~~  
~~Ausfertigung Nr. 47~~

UNTERLAGEN ZUM SCHUMAN-PLAN

- Teil I - Allgemeine und politische Gesichtspunkte.
- Teil II - Wirtschaftliche Gesichtspunkte.
- Teil III - Organisatorische und gesetzgeberische Gesichtspunkte.

*J. Müller*

Allgemeine und politische Gesichtspunkte  
=====

A. Die Erklärung und ihre Ursachen:

Am Vorabend der "Sitzung der Sechs" muß man feststellen, daß nur wenig über den Plan und die Absichten eines Monnet und Schuman bekannt wurde.

Am Abend des 9.5. hat Frankreichs Außenminister Schuman den Plan eines Zusammenschlusses der deutschen und französischen Kohle- und Stahlindustrie bekanntgegeben - ein Zusammenschluß, der allen Staaten offenstehen soll. (Text siehe Anlage 1 zum Teil I.)

Diese Bekanntgabe kam vollkommen überraschend. Nur die "Financial Times" vom 4.5. hatte die Vorbereitung eines neuen Stahlkartells angekündigt und erklärt, daß Amerika wachsendes Verständnis für seine Notwendigkeit habe. Man darf hieraus folgern, daß Frankreich inoffiziell vorgefühlt hat, wie sich die Vereinigten Staaten zu dem geplanten Kartell stellen würden. Hiervon ist anscheinend etwas durchgesickert. Offiziell scheint vorher kein Staat unterrichtet worden zu sein.

Auch die industrielle Seite, insbesondere die Stahlindustrie, bestreitet auf beiden Seiten energisch, irgendwie gefragt worden zu sein.

Die tieferen Gründe, die zu diesem überraschenden Schritt geführt haben, sind bis heute nicht bekannt. Der Gedanke, Lothringen mit der Ruhr zu verbinden, mag Schuman als einem Lothringer sehr gelegen haben. Offiziell wird als Grund angeführt: Beseitigung der deutsch-französischen Gegensätze. Es ist in der Politik nicht üblich, etwas zu bieten, ohne Gegenleistung zu erwarten. Nun besteht kein Zweifel darüber, daß dieses Anerbieten Frankreichs für Deutschland einen ganz großen politischen Schritt nach vorne bedeutet, der sich wirtschaftlich in großer Breite auswirkt. Es ist ein Schritt, der wirtschaftlich sicher irgendwie bezahlt werden muß.

Aus Verschiedenem ist zu ersehen, daß Frankreich bereit ist, die Führung auf dem Kohlegebiet an Deutschland abzugeben

und dafür die auf dem Stahlgebiet zu fordern. Es scheint die Zeit der deutschen Stahlquote noch auszunutzen zu wollen, um auf vertraglichem Wege sich gegen eine zu starke deutsche Konkurrenz zu sichern. Die wirtschaftliche Depression auf dem Stahl- und Kohlesektor mag eine Ursache gewesen sein, diesen Plan jetzt schon aufzustellen und die volle Durchführung des Monnetplanes unter Umständen in Frage zu stellen.

Die Behauptung, mit dem Plan eine deutsche Rüstung ausschalten zu wollen, ist propagandistisch für das Innere Frankreichs gut, dürfte aber unter Berücksichtigung der gesamten militärischen Lage nicht ernst genommen werden.

Auch die von englischer Seite erwähnte These, daß Deutschland in dieser Form zu den Lasten der Rüstung des Westens herangezogen werden kann, ohne selbst Kriegsgerät zu fertigen, ist wohlmeinende Propaganda im eigenen Land.

Das Résumé bleibt: Der Schuman-Plan war zunächst eine politische Tat, die Deutschland mache politische und wirtschaftliche Vorteile bringen wird, die von Deutschland auch Gegenleistungen fordern wird, hoffentlich nicht zu große.

#### B. Die Einladungen:

Wenn man die Einladungen auf dem Kontinent betrachtet, so konnte man von Anfang an bereits sagen, daß die Benelux-Länder sich nach der ganzen Lage anschließen müssen. Italiens Industrie ist an sich nicht sehr bedeutend. Die Zoll-Union-verhandlungen legten auch hier eine Zusammenarbeit und also eine Einladung nahe.

Wer wurde nicht eingeladen? Es käme lagemäßig noch Österreich und die Schweiz, beides Länder mit geringen Produktionen und leistungsmäßig Schweden in Betracht, das aber nicht so günstig liegt. Daß diese Länder nicht eingeladen wurden, kann einmal darin liegen, daß eine Beschränkung zum mindesten für den Anfang zweckmäßig ist, aber auch darin, daß man an Ländern mit Export interessiert war.

### C. Großbritannien:

Der Engländer litt zunächst unter der Schockwirkung, beschränkte sich darauf, genaue Angaben zu fordern und - offiziell - zu schweigen, beziehungsweise wie Atlee unverbindliche wohlwollende Erklärungen abzugeben.

Inoffiziell zeigte sich bald deutlich, daß gegen den Plan gearbeitet wurde. So war die Beaverbrook Presse (Daily Express) scharf dagegen, denn es sollten ja nationale Souveränitätsrechte aufgegeben werden. Der kommunistische "Daily Worker" kämpfte gegen diesen Plan der vereinigten Rüstungsindustrie. Aber auch andere Kräfte lancierten Artikel gegen dieses "Kartell" und versuchten vor allem in den Vereinigten Staaten kartellfeindliche Kreise gegen den Plan aufzuputzen. Die "British Iron and Steel Federation" enthielt sich einer Stellungnahme (im statistischen Mai-Bericht spricht sie sich für eine gewisse Koordinierung aus). Doch scheinen die maßgebenden Leute der Stahlindustrie "pool-freundlich" zu sein, denn einmal hoffen sie mit dem Pool eine Versicherung gegen die Sozialisierung ihrer Betriebe zu erhalten, auf der anderen Seite würden sie gerne einen Konkurrenzkampf bei der allgemein erwarteten Überproduktion vermeiden.

Diese Einstellung der Industrie mag einer der Hauptgründe gewesen sein, daß die Labour-Party, die lange schwieg, eine Kontra-Stellung bezog. Die Denkschrift ist aber nicht so unkonziliant, wie die ersten Pressemeldungen ergaben.

In der Propaganda gegen den Plan wird in den Vordergrund geschoben: die dritte Kraft. Es scheint das Gefühl zu bestehen, daß der Zusammenschluß zwischen Deutschland und Frankreich (u. Benelux) aus wirtschaftlichen Gründen enger sein wird, als der Zusammenschluß zwischen diesem Komplex und Großbritannien. Dieser engere Zusammenschluß begünstigt eine engere politische Zusammenarbeit. Nun bestände immerhin die Möglichkeit, daß die Mächtegruppierung Paris-Bonn bereit wäre, mehr Konzessionen zur Beendigung des kalten Krieges zu machen, als Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Aber dies ist sehr unwahrscheinlich, da der Einfluß der Vereinigten Staaten so groß ist, daß



eine Änderung der Politik der westeuropäischen Staaten nur konform mit der Politik der Staaten möglich ist. Wer hinter der Propaganda-These der dritten Kraft steht, ist nicht zu erkennen.

Insgesamt besteht der Eindruck, daß Großbritannien zunächst auf Zeitgewinn hinarbeitet; das ist in Anbetracht der Lage Großbritanniens im Commonwealth verständlich.

D. Schumans spätere Erläuterung:

Interessante, Neues bringende Erklärungen gab Schuman nur zweimal ab. Am 7.6.1950 sprach er vor der anglo-amerikanischen Presse (siehe Anlage 2 zum Teil I) hauptsächlich über die Gestaltung der Hohen Behörde.

Eine überraschende Erklärung gab der Außenminister am Vorabend der Sitzung der Sechs ab. "Der Plan beziehe sich nur auf Produktionsplanung". Das widerspricht der Grundthese des Planes. Vielleicht liegt eine falsche Auslegung vor und es soll heißen, zunächst wird nur eine Produktionsplanung ins Auge gefaßt. Um nur die Produktion zu planen, reichen die bisherigen Einrichtungen der OEEC aus, dazu braucht es keine neue Behörde.

Abgeschlossen mit der Ernennung der deutschen Verhandlungsdelegation.

DER WORTLAUT DES PARISCHER VORSCHLAGS

Die Erklärung über eine deutsch-französische Industrie, die der französische Außenminister Schuman auf der Pressekonferenz am 9. Mai abgegeben hat, hat folgenden Wortlaut:

"Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden, ohne schöpferische Anstrengungen zu unternehmen, die der Größe der Bedrohung entsprechen. Der Beitrag, den ein geeinigtes und lebendiges Europa für die Zivilisation leisten kann, ist unerlässlich für die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen.

Frankreich, das sich seit mehr als zwanzig Jahren zum Fürsprecher eines vereinigten Europas macht, hat immer als das wesentliche Moment dafür angesehen, dem Frieden zu dienen. Europa konnte nicht geschaffen werden, deshalb haben wir den Krieg gehabt. Europa läßt sich nicht mit einem Schlag herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird sich nur bilden können, wenn konkrete Tatsachen eine wirkliche Gemeinschaft entstehen lassen. Die Vereinigung der europäischen Völker setzt voraus, daß der Jahrhunderte alte Gegensatz zwischen Frankreich und Deutschland ausgelöscht wird. Das begonnene Werk muß vor allem Deutschland und Frankreich zuerst erfassen.

Zusammenlegung von Kohle und Eisen

Dieses Ziel im Auge führend, möchte die französische Regierung umgehend in einem, wenn auch begrenzten, so doch entscheidenden Punkt sofort zur Handlung schreiten.

Die französische Regierung macht den Vorschlag, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion unter eine gemeinsame oberste Aufsichtsbehörde zu stellen, im Rahmen einer Organisation, an der alle europäischen Länder teilnehmen können.

Erster Schritt zur Europäischen Union

Die Zusammenlegung der Kohlen- und Stahlerzeugnisse wird sofort die Schaffung gemeinsamer Grundlagen für die wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen als eine erste Stufe in der europäischen Föderation. Sie wird das Schicksal von Gebieten werden, die lange Zeit für die Herstellung von Kriegsmaterial bestimmt waren und deren Opfer sie selbst wieder wurden.

## Nie mehr Krieg zwischen Frankreich und Deutschland

Die Gemeinsamkeit der Produktion, die so entstehen soll, wird deutlich zeigen, daß jeder Krieg zwischen Frankreich und Deutschland nicht nur undenkbar, sondern materiell unmöglich sein wird.

Die Schaffung dieser mächtigen Produktionseinheit, die allen Ländern zugänglich ist, die daran teilnehmen wollen, wird all diesen Ländern, die sie umfaßt, die notwendigen Grundstoffe für ihre industrielle Fertigung zu gleichen Bedingungen liefern. Sie wird so die wirklichen Grundlagen zu einer wirtschaftlichen Vereinigung legen.

### Allen offenstehende Gemeinschaft

Diese Erzeugung wird der gesamten Welt ohne Ausnahme angeboten werden und damit zur Erhöhung des Lebensstandards und zum Fortschritt der Werke des Friedens beitragen.

Europa wird dann mit seinen so vergrößerten Mitteln die Verwirklichung einer seiner wesentlichsten Aufgaben verfolgen können: die Entwicklung des afrikanischen Erdteils.

So können in einfacher und rascher Form die Interessen zusammengefaßt werden, die unerläßlich sind für die Schaffung einer erweiterten und tiefgehenden Gemeinschaft zwischen den Ländern, die lange Zeit durch blutige Streitigkeiten getrennt waren.

Durch die Zusammenfassung der Grundstoffherzeugung und die Errichtung einer neuen obersten Behörde, deren Entscheidungen bindend sein werden für Frankreich, Deutschland und die anderen sich beteiligenden Länder, wird dieser Vorschlag die erste greifbare Stufe einer europäischen Gemeinschaft sein, die unerläßlich ist zur Bewahrung des Friedens.

### Die erforderlichen Mittel

Um die so umrissenen Ziele verwirklichen zu können, ist die französische Regierung bereit, Verhandlungen auf der folgenden Grundlage aufzunehmen:

Die der obersten Behörde obliegende Aufgabe muß es sein, in kürzester Frist sicherzustellen:

Die Modernisierung der Erzeugung und die Verbesserung der Qualität;

Die Lieferung von Stahl und Kohle auf dem

französischen, auf dem deutschen sowie auf dem Markt aller beteiligten Länder zu den gleichen Bedingungen;

Die Entwicklung der gemeinsamen Ausfuhr nach den anderen Ländern;

Die Gleichschaltung im Fortschritt der Lebensbedingungen innerhalb der Arbeiterschaft dieser Industrien.

### Ausgleich und Rationalisierung

Um diese Ziele zu erreichen, müssen gewisse vorübergehende Vorkehrungen getroffen werden, da die Ausgangsbedingungen der Produktion in den teilzunehmenden Ländern zur Zeit sehr verschiedenartig sind. Zu diesen Vorkehrungen zählen die Anwendung eines Produktionsplanes und Investitionsplanes, die Einrichtung von Preisausgleichsmechanismen und die Bildung eines Ausgleichsfonds, der die Rationalisierung der Erzeugung erleichtert. Die Ein- und Ausfuhr von Kohle und Stahl zwischen den teilnehmenden Ländern muß sofort von aller Zollpflicht befreit werden und darf nicht nach verschiedenen Frachtbriefen behandelt werden.

Fortschreitend werden sich so die Bedingungen herausbilden, die dann selbst die rationellste Verteilung der Erzeugung bei einer höchstmöglichen Produktivität gewährleisten.

### Verschmelzung der Märkte und Ausdehnung der Produktion

Im Gegensatz zu einem internationalen Kartell, das zur Aufteilung und Ausbeutung der nationalen Märkte strebt, indem es einschränkende Praktiken bestrebt und erhöhte Profite aufrechterhält, wird die geplante Organisation die Verschmelzung der Märkte und die Ausdehnung der Produktion gewährleisten.

### Die Verfassungsgrundlagen

Die Grundsätze und wesentlichen Vertragspunkte, die hiermit umrissen sind, sollen Gegenstand eines Vertrages werden, der von den Ländern unterzeichnet und durch die Parlamente ratifiziert werden soll. Die Verhandlungen, die zur Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen unerlässlich sind, werden mit Hilfe eines Schiedsrichters geführt werden, der durch ein gemeinsames Abkommen ernannt wird. Dieser Schiedsrichter wird darüber zu wachen haben, daß die weiteren Abkommen den Grundsätzen entsprechen, und hat im Falle eines unausgleichbaren Gegensatzes die endgültige Lösung zu bestimmen, die dann anzunehmen ist.

Die gemeinsame Oberbehörde, die mit dieser Aufgabe betraut ist, wird sich aus unabhängigen Persönlichkeiten zusammensetzen, die auf paritätischer Grundlage von den Regierungen ernannt werden. Durch ein gemeinsames Abkommen wird von den Regierungen ein Präsident gewählt, dessen Entscheidungen sowohl in Frankreich wie auch in Deutschland und den anderen Teilnehmerländern bindend sind. Geeignete Vorkehrungen werden Einspruchsmöglichkeiten gegen die Entscheidungen der obersten Behörde gewährleisten.

#### Bericht an die Vereinten Nationen

Ein Vertreter der Vereinten Nationen bei dieser Behörde wird zweimal jährlich in einem öffentlichen Bericht an die Organisation der Vereinten Nationen über die Tätigkeit des neuen Organismus, besonders was die Wahrung seiner friedlichen Ziele betrifft, Berichte erstatten.

#### Keine Verletzung der Eigentumsverhältnisse und des

#### Deutschlandstatus

Die Einrichtung einer Oberbehörde beeinträchtigt keineswegs die Eigentumsverhältnisse der Unternehmungen. Die gemeinsame Oberbehörde wird, in Erfüllung ihrer Aufgabe, die Vollmachten berücksichtigen, die der Internationalen Ruhrbehörde gegeben sind, ebenso wie die Verpflichtungen jeder Art, die Deutschland auferlegt sind, solange diese bestehen.



Erklärung von Robert Schuman  
über die geplante Zusammenlegung von Kohle und Stahl

=====

(Agence Economique & Financiere vom 8. Juni 1950)

Robert Schuman war gestern, am Mittwoch, Gast der anglo-amerikanischen Presse.

Zum Abschluß des ihm zu Ehren veranstalteten Frühstücks sprach der Außenminister über den französischen Plan der Zusammenlegung von Kohle und Stahl.

Durchführung ein schwieriges und ernsthaftes Problem.

Der Minister verschwieg nicht, daß noch schwere Probleme zu lösen sind und daß wir Franzosen der Ansicht sind, daß die Durchführung des Planes eine schwere und ernste Angelegenheit ist.

"Aber die französische Regierung hofft und wünscht immer noch lebhaft, daß Groß-Britannien sich irgendwann einmal diesem gemeinsamen Bestreben anschließen kann und zwar in einer Form, die wir zur Zeit noch nicht genau festlegen können.

Wir haben größtmögliches Verständnis für alle besonderen Situationen, seien sie nun psychologischer, politischer oder technischer Art.

Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß alle diese Probleme unterschiedslos auf die gleiche Weise behandelt werden können. Wir haben in Europa weitgehende Unterschiede in den Ansichten wie auch in den wirtschaftlichen Gegebenheiten. Dies sollte man immer berücksichtigen. Aus diesem Grunde müssen wir die Verbindung miteinander aufrecht erhalten und uns nicht nur gegenseitig auf dem laufenden halten, sondern auch miteinander über den bestmöglichen Weg zur Erreichung des Zieles beraten".

So sollte man den französischen Gedanken sehen.

Der französische Plan geht von einem wesentlichen Gedanken aus, der unserer Ansicht nach auch der von uns gezeigten Initiative zugrunde liegt. Wir finden es sehr schwer, gerade diesem Gedanken allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Dieser Gedanke, der den Mittelpunkt unseres Systems bildet, ist der der übernationalen Autorität.

Ich bin mir vollkommen im Klaren, daß ein solcher Gedanke nicht nur die Gewohnheiten der Praxis, sondern auch theoretische Begriffe durcheinander bringt.

Wir haben eine Idee lanciert, die man als revolutionär erklärt hat. Ich kann Ihnen aber versichern, daß wir kein Verlangen nach Abenteuern haben. Wenn diese Idee eines Tages in die Praxis umgesetzt wird, wie wir es bestimmt hoffen, werden wir solche Bedingungen aufstellen, stufenweise vorgehen und

uns soviel Zeit lassen, daß niemand in Frankreich oder außerhalb deshalb ernsthafte Befürchtungen zu hegen braucht.

Wir werden die entsprechenden Verhandlungen aufnehmen und Studien beginnen und werden dann in den kommenden Monaten sehen, wie sich die Sache entwickelt.

Der französische Gedanke soll ein konstruktiver, ein mutiger Gedanke sein. Dies ist vielleicht der Fall, in dem nur Frankreich die Initiative ergreifen konnte, vor allem in Bezug auf Deutschland, und ich danke nicht nur unseren amerikanischen Freunden, die von Anfang an so viel Verständnis aufgebracht haben, sondern auch unseren britischen Freunden, die zumindest in diesem Punkte niemals die Zweckmäßigkeit und den praktischen Wert unserer Idee angezweifelt haben.

Es gibt jedoch Zauderer und Kritiker. Wir haben keine Angst vor der Kritik. Im Gegenteil, wir wünschen sie und wir bitten darum. Wir sind aufrichtig, und darum wünschen wir, daß unsere Gedanken durch Gegenüberstellung mit verschiedenen Auffassungen zwischen den Kritikern und aufbauender Arbeit sich präzisieren und Gestalt annehmen.

#### Die Verhandlungen werden schwierig und langwierig sein.

In diesem Geist werden wir die Verhandlungen aufnehmen, die am 20. Juni beginnen werden.

Sie werden schwierig und langwierig sein. Sie werden nicht geheim gehalten werden. Wir werden alle unsere Freunde auf dem laufenden halten, selbst wenn sie nicht an den Verhandlungen teilnehmen, in der Hoffnung, eine Annäherung unserer Ansichten zu erzielen."

In Beantwortung einiger Fragen erklärte der Minister vor allem, daß die Verhandlungen, die am 20. Juni beginnen, nicht öffentlich sein werden, aber doch eine enge Verbindung mit den großen staatlichen Körperschaften, Gewerkschaften und Organisationen und parlamentarischen Kommissionen herbeiführen würden. Gleichfalls würden so oft wie nur möglich Mitteilungen an die Presse ergehen.

"Wir werden Sorge tragen, erklärte Schuman, unsere Beratungen und alle notwendigen und zu wünschenden Verbesserungen so weit wie möglich der Öffentlichkeit bekanntzugeben, um Mißverständnisse oder falsche Gerüchte zu vermeiden."

#### Die Rolle der Übernationalen Behörde.

Der Minister erklärte zu der in dem französischen Plan vorgesehenen Übernationalen Behörde folgendes:

"Diese übernationale Behörde muß wie ein Verwaltungsrat Entscheidungen über die Leitung dieses großen Unternehmens der Eisen- und Stahlindustrie treffen. Es handelt sich dabei nicht um ein Eingreifen in Einzelheiten der Betriebsführung der einzelnen Unternehmen. Jedes Unternehmen behält nicht nur seinen Rang, sondern auch seine besondere Struktur. Die übernationale

Behörde muß jedoch die Investitionspolitik festlegen, d.h. sie ist für alle die Fragen zuständig, die die Unternehmen in ihrer Gesamtheit angehen.

Nur wenn diese Entscheidungen Rückwirkungen auf die Gesamtheit des betreffenden Staates haben - wenn die übernationale Behörde beispielsweise die Schließung eines unwirtschaftlichen Bergwerkes anordnen will - besteht die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen der übernationalen Behörde und den politischen Mächten der betreffenden Einzelstaaten. Die Notwendigkeit, Bergwerke zu schließen, ergibt sich jedoch auch außerhalb dieses Systems, wie wir gerade jetzt sehen, wo die französische Kohlewirtschaft zur Schließung bestimmter Bergwerke gezwungen ist.

Die Kommunisten verbreiten das Gerücht, daß Jean Monnet und ich diese Schließung veranlaßt haben, weil wir weitere Argumente für den Erfolg des französischen Planes brauchen. Ich darf Ihnen sagen, daß wir nicht so teuflisch sind.

#### Wahrung der Hoheitsrechte der einzelnen Staaten.

Aber wie können wir die Hoheitsrechte der einzelnen Staaten wahren? Das ist sehr einfach. In dem Vertrag, den die Teilnehmerstaaten miteinander schließen, unterwirft sich jeder Staat in voraus bestimmten Beschlüssen, die in genau definierten und umrissenen Fällen gefaßt werden können. Die Durchführung dieser Maßnahmen bleibt jedoch in jedem Falle Sache der betreffenden Regierungen und Parlamente innerhalb ihres Hoheitsgebietes.

Die übernationale Behörde kann keine Gesetze machen. Sie kann sich nicht an die Polizei wenden und sie kann keine Anweisung erteilen, für die ausschließlich die Regierungen und Parlamente der einzelnen Staaten zuständig sind.

Bei internationalen Verträgen geht man jedoch Verpflichtungen ein, die man dann auch einhalten muß. Natürlich ist dieses eine ernste Sache. Davon hängt jedoch unser ganzer Plan ab. Es war uns unmöglich, das System anders aufzufassen, denn wenn in jedem einzelnen Fall die Zustimmung der betreffenden Regierung eingeholt werden müßte, kämen wir zu nichts. Es gäbe dann keine übernationale Autorität mehr.

Wenn aber das System Erfolg haben soll, so kann und muß man die Notwendigkeit bestimmter Etappen vorsehen. Die Sache muß sich in Ruhe einspielen können. Verständnis und Anpassungsfähigkeit sind erforderlich. Für eine vorübergehende Zeit wäre sogar die Möglichkeit eines gewissen Einspruchsrechtes vorzusehen, bis man Erfahrungen mit den beauftragten Männern gewonnen hat und weiß, welches Vertrauen sie verdienen. Alles dieses ist Sache der Durchführungsmaßnahmen. Grundsätzlich muß jedoch die Behörde auf einem genau umrissenen Gebiet in der Lage sein, Entscheidungen für die Gesamtheit der Unternehmen und das gesamte einheitliche Marktgebiet zu treffen.

Sie werden daraus ersehen, daß wir zweierlei miteinander verbinden müssen. Wir müssen einerseits dieser übernationalen Behörde eine wirksame Macht sichern und andererseits die wesent-

lichen Meinungen und Interessen wahr. Wir haben  
durchaus nicht die Absicht, die Parlamente und Regierungen der  
einzelnen Staaten zu ersetzen. Wir wollen aber,  
daß die beteiligten Regierungen und Parlamente, wenn sie den  
kommenden Verhandlungen zustimmen, sich von vornherein ver-  
pflichten, sich in bestimmten Fällen den gemeinsamen Entschei-  
dungen der Behörde zu unterwerfen.

Wir trusten jedoch ebenfalls Verhandlungen für den Fall,  
daß diese Entscheidungen anfechtbar sind.

### Berufung bei einem internationalen Gericht

Aus diesem Grunde sehen wir die Möglichkeit vor, nicht  
nur bei juristischen, sondern auch bei wirtschaftlichen Fragen  
Berufung bei einem internationalen Gerichtshof einzulegen.

Wir können noch nicht sagen, was dies für eine Instanz  
sein wird. Da der z.B. der Europarat, aber ich glaube, daß er  
bei seiner gegenwärtigen Struktur noch nicht in der Lage ist,  
eine solche Funktion zu übernehmen. Es ist jedoch mein Wunsch,  
daß auch diese Instanz international ist. Es ist nicht beabsich-  
tigt, jetzt schon Einzelheiten unserer vorläufigen Auffassung  
der Öffentlichkeit bekanntzugeben, weil es sonst so aussehen  
würde, als wenn wir unsere Verhandlungspartner in ihrer Ansicht  
zu beeinflussen wünschten. Das System muß sich aus einer Gegen-  
überstellung der Gedanken und aus den kommenden Besprechungen  
entwickeln.

Wir können allerdings schon jetzt sagen, daß wir kein Sys-  
tem annehmen können, das diese ausschließliche Autorität, die  
unserem System zugrunde liegt, zerstören würde.

Schuman versicherte ferner, daß die französischen Ver-  
handlungsführer bei den Verhandlungen Besprechungen jedem ihrer  
Partner ein Höchstmaß an Freiheit lassen und ihnen die Mög-  
lichkeit bieten würden, ihre Vorschläge vorzubringen. Die  
französische Regierung hat keinen Text aufgesetzt. Sie wollte  
nicht mit einem Wort identifiziert werden, der auf keinen  
Fall als vollkommen oder endgültig angesehen werden kann.

"Wir kommen an den Verhandlungstisch mit genug präzisen  
und formulierten Gedanken. Das Wesentliche unserer Idee deut-  
lich zu machen war damit eine gewisse Grundlage und einen  
Ausgangspunkt für den Austausch der auch festgebundenen Gedanken-  
austausch zu billigen."

Schuman wurde daraufhin veranlaßt zu erklären, daß man  
den Internationalen Gerichtshof als zuständige Instanz für die  
Beilegung von Streitigkeiten zwischen Staaten. Dieser Gerichts-  
hof besteht aus Berufsrichtern, die von den Regierungen der  
verschiedenen Länder ernannt werden, die jedoch nach  
ihrer Ernennung nicht mehr als Staatsbeamte sind. Das Wesentliche ist - bei die-  
ser wie auch bei den anderen internationalen Stellen -, daß die dort  
arbeitenden Personen von den betreffenden Regierungen nicht in der Fol-  
ge nicht nur die Interessen ihrer Regierungen vertreten. Darin be-  
steht der Unterschied zwischen unserem System und dem System der  
CEEC. In der CEEC muß der französische Delegierte zum Beispiel

nach den Weisungen seiner Regierung sprechen. Das gilt gleichfalls für die Delegierten der anderen Nationen. Und jedesmal, wenn eine Schwierigkeit auftaucht, wendet man sich an seine Regierung oder bittet sie um Eröffnung des Problems von ihrem Standpunkt aus. Die daraufhin gefaßten Beschlüsse halten die Mitte zwischen den verschiedenen nationalen Interessen. Daher ist es aber auch besonders schwierig, bei internationalen Konflikten zu einem Ergebnis zu kommen.

Es wäre jedoch unmöglich, den Bergbau oder die Eisen- und Stahlindustrie nach derartigen Methoden zu lenken. Darüber jedenfalls sind sich alle einig.

Wir brauchen daher Männer, die selbst auf eigene Verantwortung Entscheidungen treffen. Sie müßten durch ihre Regierung mit aller Sorgfalt ausgesucht werden. Sind sie jedoch einmal ernannt, tragen sie auch Verantwortung, zunächst für sich selbst, dann aber auch für eine hohe übernationale Stelle.

"Wenn wir diese Instanz dem Europarat anschließen wollen, müssen wir diesen ändern und ihm eine größere Autorität gewähren. Man könnte sich denken, daß die Instanz auf anderem Wege von den verschiedenen Regierungen gebildet wird, die zu diesem Zweck besonders geeignete Persönlichkeiten auswählen."

#### Ziele der Leitung der zusammengelegten Kohle- und Stahlwirtschaft.

Schuman sprach daraufhin von der Leitung der einzelnen Unternehmen und führte dabei folgendes aus:

Die Männer, denen die Entscheidung über die Leitung der Unternehmen obliegt, dürfen nur ein Ziel haben: die Produktivität der Unternehmen so weit wie möglich zu steigern und die Preise so weit wie möglich zu senken. Das ist die einzige Anweisung, die an sie ergeht. Sie müssen sich jederzeit von den nationalen Belangen distanzieren und darüber erheben.

"Natürlich müssen sie bei den zu fällenden Entscheidungen die Auswirkungen ihrer Beschlüsse auf die einzelnen Nationen berücksichtigen. Zu dem Zweck sind gewisse Vorsichtsmaßnahmen zu treffen: die Schaffung von Ausgleichs- und Überleitungsstellen, um die Arbeitslosigkeit aufzufangen und eine ungeordnete Produktion zu spezialisieren. Dieses ist eine beträchtliche Aufgabe. Man kann daher nicht auf eine absolute Art die nationalen Interessen übergangen und in den Wolken leben. Ebenso wenig kann man grundsätzliche und rein theoretische Beschlüsse fassen. Man muß sich vielmehr nach den allen beteiligten Ländern gemeinsamen Interessen richten und dabei die Auswirkungen der Beschlüsse auf die einzelnen Staaten im Auge behalten."

Schuman erklärte schließlich, daß es jeder Regierung möglich sein würde, die von der übernationalen Behörde gefaßten Beschlüsse anzugreifen.

In dem Plan ist ferner vorzusehen, daß jedes Mitglied dieser Stelle, sobald es seiner Verantwortung nicht mehr gewachsen oder physisch außerstande ist, seine Funktionen wahrzunehmen, abberufen werden kann.



"Diese Behörde kann nicht in ihrer Gesamtheit kollektiv verantwortlich sein, wenn sie der ihr übertragenen Aufgabe sichtlich zuwiderhandelt."

## Teil II

### Wirtschaftliche Gesichtspunkte

Bei der wirtschaftlichen Betrachtung der Montan-Union tritt Eisen und Stahl in den Vordergrund, denn einmal besteht hier ein Vorgang (Internationale Rohstahlgemeinschaft 1926 - 1939) und auf der anderen Seite ist ein großer Teil der Gesamtwirtschaft der beteiligten Länder auf dem Stahl aufgebaut, von ihm mehr oder weniger abhängig. Zum Stahl gehören sinngemäß Eisenerz und Schrott, aber auch die feuerfesten Steine.

Demgegenüber ist die Kohle in einer Doppelstellung: sie ist einmal ein Baustein des Eisens (1 t Roheisen braucht rd. 1 t Steinkohle), auf der anderen Seite eine selbständige Ware.

Die Worte Schumans seien an den Anfang gesetzt: "Die Schaffung dieser mächtigen Produktionseinheit, die allen Ländern zugänglich ist, die daran teilnehmen wollen, wird all diesen Ländern, die sie umfaßt, die notwendigen Grundstoffe für ihre industrielle Fertigung zu gleichen Bedingungen liefern."

#### A. Eisen und Stahl

##### 1. Produktionseinheit

##### Eisen und Stahl

Die Produktionseinheit, also die einheitliche Leitung der Produktion beginnt praktisch mit der Summierung der vorhandenen Leistungen. Richtiger wäre es, die vorhandenen Kapazitäten zu addieren, aber diese sind nur durch eine überparteiliche Bestandsaufnahme zu erfassen; auf Angaben der Betriebe und Unternehmungen ist kein Verlaß. Im Ganzen ist die Differenz zwischen Kapazität und Leistung bei einer gut beschäftigten Wirtschaft nicht groß. Sie treten sicher bei den Neuinvestitionen der OEEC-Länder auf, deren Kapazitätsangaben unter der tatsächlichen Kapazität liegen, um aus nationalen Gründen den Ausbau wunschgemäß durchführen zu können, ohne Kürzung

der Investitionszuschüsse (EUA) wegen einer etwaigen Überproduktion. Auch in Deutschland dürfte die Kapazität größer sein, als die bisherige Leistung, wenn auch nicht auf allen Einzelgebieten und auch aus anderen Gründen. Nachstehende Tabellen geben eine Übersicht über die Vorkriegslage, die jetzige Lage und die Planungen:

Tabelle 1a: Rohstahlerzeugung (Tsd. t)

	1935-38	1949-50	1952-53
Westdeutschland	15 044	9 200	11 045
Frankreich	9 114	12 500	14 800
Belgien-Luxemburg	4 988	6 394	7 850
Niederlande	-	456	820
Italien	2 161	2 400	3 000
Montanunion-Länder	31 307	30 950	37 515
Vereinigtes Königreich	11 437	15 820	17 272

Tabelle 1 b: Fertigstahlerzeugung (Tsd. t)

	1935-38	1949-50	1952-53
Westdeutschland	10 811	6 870	8 548
Frankreich	5 895	9 040	10 730
Belgien-Luxemburg	3 750	4 930	5 945
Niederlande	-	369	620
Italien	1 743	1 919	2 560
Montanunion-Länder	22 199	23 128	28 403
Vereinigtes Königreich	8 369	12 510	13 386

Tabelle 10: Walzstahl-Verbrauch (Tsd. t)

	1935-38	1949-50	1952-53
Westdeutschland	13 535	6 402	9 007
Frankreich	4 927	6 907	8 030
Belgien-Luxemburg	2 200	1 605	2 394
Niederlande	-	1 099	1 391
Italien	1 237	1 993	2 575
Montanunion-Länder	22 499	18 006	23 397
Vereinigtes Königreich	7 444	11 580	12 680

Wenn man theoretisch eine Industrie mit dieser Leistung neu aufbauen wollte, dürfte man für eine Kapazität von rd. 38 Mill. t Rohstahl Jahresleistung höchstens 30 Werke bauen; denn die wirtschaftlichen Untersuchungen haben ergeben, daß eine Produktion von 1 Mill. t Rohstahl im Jahr die Mindestgrenze der Wirtschaftlichkeit ist. Nun, von diesem theoretischen Optimum ist die Eisen- und Stahlindustrie der Montan-Union noch weit entfernt. Die Zahl der Betriebe in den einzelnen Ländern konnte noch nicht festgestellt werden. In Frankreich ist die Lage so, daß es für die Jahresproduktion von rd. 12 Mill. t Stahl 12 Betriebe und für Spezialstähle und Halbzeuge weitere 12 Betriebe braucht. Statt dieser 24 Betriebe besitzt aber Frankreich 177 Betriebe in dem hier in Betracht kommenden Sektor. In den anderen Ländern liegen die Verhältnisse nicht ganz so ungünstig, aber große Unterschiede zeigen sich nicht.

Organisatorisch bietet die Leitung dieser Produktionseinheit keine großen Schwierigkeiten, aber sie steht von der ersten Stunde an einem Rationalisierungszwang gegenüber. Dieser Zwang wäre in Pöhlde sowieso gekommen, da früher oder später der Wettbewerb mit den Preisen der Vereinigten Staaten auf den Auslandsmärkten (ohne dual prices, dumping usw.) beginnen wird. Es sind sicher noch einige Vorbereitungsmaßnahmen für diese

Gliederungen notwendig, aber der Gesamtaufbau ist einfach.

Die Zwickmühle der Rationalisierung und Vollbeschäftigung (Beibehaltung der Erhöhung des Lebensstandards) ist weit schwieriger zu meistern.

Für Deutschland wird das Problem besonders schwierig, weil es nicht nur am schwersten unter allen Kriegsfolgen zu leiden hatte, sondern weil es auch keine ausreichenden Geldmittel für Investitionen besaß. - Trotz aller Integrationen und Wirtschaftsuntersuchungen werden Industriezentren die Tendenz verfolgen, sich aus ihrem Gebiet oder der nächsten Umgebung zu versorgen. Es muß also ein Gebiet, wie das Ruhrgebiet, auch alle Stahlprodukte, die es sortenmäßig benötigt, selbst konkurrenzfähig erzeugen können. Die Rationalisierung darf nicht zu rigoros durchgeführt werden; denn im Wirtschaftsleben sind oft auch nicht meßbare Impponderabilien zu berücksichtigen. So zahlt unter Umständen ein Werk für eine Blechsorte einige Pfennige mehr, wenn bei Fehlern im Blech ein schneller Austausch zugesichert und erprobt ist (die "kulante Lieferfirma"). Bei Blech muß in diesem Zusammenhang für Deutschland unbedingt eine kontinuierliche Breitbandwalzstraße (Ersatz: Dinslaken) gefordert werden. Die Aussichten sind gering; denn alle Unionsländer (Belgien, Luxemburg, Frankreich) bauen Breitbandstraßen.

Die Praxis des zweiten Weltkrieges hat gezeigt, daß trotz aller Beschränkungen der deutschen Montanwirtschaft eine stärkere Dynamik innewohnt, als der französischen. Eine gemeinsame Produktionsfestlegung könnte diese Dynamik bändigen wollen, wenn sie ihr nicht Sicherheits-Ventile freigibt.

## 2. Ruhr - Lothringen.

Es ist ein alter Wunsch, und nicht umsonst geht der Plan von einem Lothringer aus, Lothringer Erz und Kohle der Ruhr zu vereinen. Einmal war diese Vereinigung auch vorhanden, aber 1919 verlor Deutschland Lothringen.

Seither bezog Deutschland in zunehmendem Maße Schweden-



erz. Dieses hat einen höheren Fe-Gehalt und stellte sich für Deutschland wirtschaftlicher.

Brennstoffaufwand je t Thomasroheisen:

Minette-Erze	1 112 kg
Schweden-Erze	827 kg
-----	-----
Differenz:	285 kg = 25 %

Der Bezug der Minette-Erze ging Ende der 20er und 30er Jahre zurück und betrug im Durchschnitt der Jahre 1928-1938 etwa 1,4 Mill. t.

Tabelle 2: Minette-Erzversand nach dem Ruhrgebiet (1000 t)

	Ostlothr.	Westlothr.	Luxemburg	Zusammen
-----	-----	-----	-----	-----
1913	2 909	1 163	541	4 614
1929	889	1 011	116	2 051
1936	460	1 009	167	1 630
1938	39	128	1 031	1 189
-----	-----	-----	-----	-----
Mittel 1929/38:	450	700	273	1 423
-----	-----	-----	-----	-----

1948 nahm Deutschland 441.000 t und 1949 303.000 t ausschließlich luxemburgischer Minette auf.

Inwieweit muß nun Deutschland im Interesse der Zusammenarbeit Minette aufnehmen, zu Lasten der deutschen Erzförderung, zu Lasten der deutschen Kalkbetriebe (die Minette ist kalreicher), zu Lasten der deutschen Kokserzeugung und zu Lasten der Schwedenerzeinfuhr?

Vorteilhaft bei dem Zusammenschluß ist die günstigere Frachtlage durch die Leerraumausnutzung. Die Transportzüge, die Minette bringen, fahren Kohle zurück. Hierfür ließe sich auch eine Frachtverbilligung erreichen.

Ein Zwang zur Abnahme von Minette-Erz zwingt auch zu einer Fracht-Untersuchung. Bei gleichen Grubenpreisen ist der Franzose stark frachtbegünstigt und er müßte einen gewissen Frachtausgleich tragen.

Vor dem Krieg war der Kohlenladerraum auf der Rückfahrt nur zu 28,7 v.H. ausgelastet.

In der internationalen Ruhrbehörde ist Frankreich wiederholt für die Senkung der Kohlefrachten eingetreten. Es bezog sich dabei auf die Sondertarife, die dem Koks-Erzverkehr Ruhr-Salzgitter eingeräumt wurden.

### 3. Ferro-Legierungen

Die Wirtschaftlichkeit der Herstellung von Ferrolegierungen ist abhängig davon, ob elektrischer Strom billig geliefert wird. Hier liegt Frankreich günstiger und die Rationalisierung kann zur Schließung deutscher Betriebe führen. Deutschland ist bei Ferrolegierungen bisher schon stark vom Ausland abhängig, so daß diese Maßnahme schwer zu tragen ist.

### 4. Preisgestaltung

Die Lieferung von Stahl innerhalb des Unionsgebietes zu gleichen Bedingungen ergibt vielerlei Probleme.

Die Franzosen haben zur Zeit verschiedene Inlands- und Exportpreise für Eisen und Stahl. Es scheint, daß der Exportpreis durch den verhältnismäßig hohen Inlandspreis subventioniert wird.

Tabelle 3: Inlandspreise je t in D-Mark (einschl. 13,5 % Prod.-Steuer)  
etwa Mai 1950

	<u>Frankreich</u>	<u>Deutschland</u>	<u>Unterschied</u>
Knüppel	204,50	190,-	14,50
Vignolschienen	279,10	238,-	41,10
Schwellen	285,60	230,-	55,60
Formstahl	253,70	221,-	32,70
Stabstahl	282,40	225,-	57,40
Stahlspondwandeseisen	308,00	268,-	40,00
Walzdraht	286,60	229,-	57,60
Grobblech	342,20	234,-	108,20
Mittelblech	361,60	265,-	96,60
Breitflachstahl	317,40	221,-	96,40
Feinblech	412,40	300,-	112,40
Bandstahl	291,20	264,-	27,20

Fast überall liegt der Franco höher, ausgenommen sind einige wenige Erzeugnisse auf den Gebieten des Formstahles, der Grob- und Feinbleche und des Bandstahls.

Eine Herabsetzung der französischen Preise erscheint nicht möglich. Also müssen die deutschen Preise nach oben gehen. (Soweit die Herabsetzung der Preise für Rohstoffbezüge die Kosten senkt, geht diese Kostensenkung ebenfalls wieder zu Lasten Deutschlands). Praktisch muß in die Ausgleichskasse gezahlt werden.

Eine Preisgleichstellung für Edelmetalle scheint vorläufig unmöglich.

Noch schwieriger wird das Problem und bringt Deutschland Nachteile, wenn der Plan die Gleichheit der Franco-Preise anstrebt. Es bedeutet für die Franzosen die Öffnung des Weges nach Süddeutschland, an den Rhein, an die Ruhr, ja nach Berlin, also die Schaffung eines Absatzraumes, der Gewinn bedeutet. Deutschland hat hier nicht die gleichen Chancen, da die französische Verarbeitung der deutschen wesentlich unterlegen ist. Es besteht nur die Chance, zu gleichen Preisen ein qualitativ besseres Erzeugnis anzubieten. Aus psychologischen Gründen dürfte es lange Zeit dann noch schwierig sein, bei französischen Verarbeitern Fuß zu fassen.

#### 5. Absatzfragen.

Die Voraussagen einer Überproduktion durch den Stahlauschuß des Europäischen Wirtschaftsrates in Genf sind unstritten. Sie haben umso geringere Bedeutung, je mehr die Montan-Union durch Verbilligung mit den Preisen der Ver.Staaten in Wettbewerb treten kann und je mehr die Hilfe für die unentwickelten Gebiete den Afrikamarkt belebt.

#### 5. Gemeinsame Ausfuhr.

Dieser Punkt bietet die geringsten Schwierigkeiten und das Studium der Internationalen Rohstoffgemeinschaft bietet genügend Rüstzeug.

Die amerikanischen Bedenken gegen eine Kartellbildung müßten in diesem Zusammenhang entkräftigt werden.

Die Ausfuhrmöglichkeiten in den afrikanischen Raum dürfen nicht überschätzt werden, vor allem nicht vor Beginn der Auswirkungen des Punkt 4 des Programmes.

Tabelle 4: Frankreichs Ausfuhr nach Afrika in t.  
(Franz. Westafrika, Algier, Marokko, Tunis)

	Roheisen, einschl. Spiegeleisen	Ferro- Legierungen	Walzwerks- erzeugnisse
1929	2 835	29	180 954
1936	1 531	29	142 646

#### 7. Notwendige Korrekturen.

Die Stahlquote ist eine juristische Angelegenheit, die aber zur Rationalisierung im logischen Widerspruch steht bzw. sie einschränkt. Wenn die oberste Rationalisierungsbehörde als wirtschaftliches Optimum feststellen würde, daß von rd. 40 Mill. Rohstahl 15 Mill. in Westdeutschland zu fertigen sind, zwingt die Stahlquote dazu, 4 Mill. t unwirtschaftlicher anderswo zu fertigen, drückt also mindestens theoretisch die Preise und die Konkurrenzfähigkeit der ganzen Montan-Union.

Am tiefsten ins Fleisch geschnitten haben bei der Demontage:

Radialröhrenwalzwerk Mühlheim  
Breitbandstraße Dinslaken  
Schwere Schmiedepresse Essen

Bei der schweren Schmiedepresse in Essen kann man wenig einwenden, da etwa 40 % ihrer Schmiedestücke für Geschütze und 40 % für Hochdruckzylinder der Kohlechemie bestimmt waren. Aber für die übrigen 20 % Schmiedestücke fehlt nun in ganz Deutschland eine geeignete Presse.

Untragbar ist aber das Fehlen der anderen beiden Werke, besonders des kontinuierlichen Breitbandwalzwerkes. Ein der-

artiges Werk verbilligt die Herstellung um 50 % gegenüber den älteren Werken. Hierauf ist an anderen Stellen bereits eingegangen.

#### 8. Monnet-Plan und Stahlindustrie.

Der Monnet-Plan hat bisher auf dem Gebiet der Eisen- und Stahlindustrie 72,0 Mrd. frs. investiert. Sein Programm für 1950 sieht 46,8 Mrd. frs. vor, so daß in diesem Jahre über die Hälfte des 186,6 Mrd. frs. umfassenden Gesamtprogramms in Arbeit sind.

Das Programm war von Anfang an auf Modernisierung und nicht auf Expansion eingestellt. Der geplante Ausfuhranteil war nicht allzu groß. Die Modernisierung war notwendig, denn der größte Teil aller Einrichtungen stammte aus der Zeit vor 1914, nur in Nordfrankreich wurden die zerstörten Teile nach 1918 mit deutschen Reparationsgeldern neu aufgebaut.

In der Zwischenzeit hat sich der Inlandmarkt nicht so aufnahmefähig erwiesen, wie es infolge der Modernisierung und Ausweitung der übrigen Industrie erwartet wurde. Auch die Ausfuhr blieb hinter dem Plan zurück. Beides dürfte kein Dauerzustand sein.

Immerhin ist es verständlich, daß Frankreichs modernisierte Stahlindustrie auch in Deutschland Absatzmärkte sucht und sie dürfte gerade durch ihre neuen kontinuierlichen Breitband-Walzstraßen (Sollac und Usinor) auf diesem Gebiet die deutsche Konkurrenz an die Wand drücken. Auf den übrigen modernisierten Gebieten dürften die durch den Monnet-Plan verursachten Maßnahmen den Wettbewerb wohl erschweren, aber nicht entscheidend beeinflussen.

D. Eisenerze, Schrott und Hilfsstoffe

1. Eisenerz.

a) Grundlagen:

Das Eisenerz ist im SchumanPlan nicht erwähnt. Trotzdem muß es, auch außerhalb der Gedanken über Minette und Schweden-erz, hier in die Betrachtung einbezogen werden.

Tabelle 6: Eisenerze  
(Schätzungen in tsd. t)

	Erzeugung 1948	Ausfuhr 1948	Programm 1952/53	
			Erzeugung	Ausfuhr
Westfrankreich	1 250	832	2 680	1 600
Franz. Nordafrika	2 900	2 900	3 870	3 870
Lothringen	24 000	a)	35 000	a)
Griechenland	130	130	560	350 b)
Norwegen	300	230	1 300 c)	1 100 c)
Sierra Leone	800	800	1 300	1 300
Schweden	13 400	12 000	15 000	13 000
Schweiz	50	50	350	350 d)
Türkei	150	0	606	bis zu 300

a) hauptsächlich für Belgien und Luxemburg, in geringem Umfang für Westdeutschland

b) mit 2,5 % Chrom-Stahl

c) man versucht Produktion und Export auf 2 700 bzw. 2 030 zu steigern.

d) hiervon 300 000 t mit 28 % Fe und 50 000 t mit 50 % Fe.

Alle Tabellen der Eisenerz-Förderung krankten an Messung des Fe-Gehaltes, bzw. sie geben keine brauchbare Unterlage, wenn sie diesen Gehalt nicht angeben, wie vorstehende OEEC-Tabelle. Auch nachstehende Tabelle läßt nur Vergleiche zu.



Tabelle 7: Europäische Eisenerzförderung

(in Tsd. t)

	Bestes Vor- kriegsjahr	1938	1947	1949	1951
Frankreich	53 890	37 238	19 956	48 606	59 000
Großbritannien	14 442	12 049	10 700	13 206	13 900
Schweden	13 928	13 928	9 700	13 000	13 000
Westdeutschland	13 922	13 922	5 911	9 112	18 000
Europa	108 985	87 671	45 343	96 288	117 603

----- 1949 = Schätzung; 1951 = Planung) -----

Beide Tabellen zeigen die beherrschende Stellung Frankreichs, das über etwa die Hälfte der in Europa verhütteten Eisenerze verfügt, die nie von der französischen Industrie absorbiert, sondern etwa zu 50 % hauptsächlich nach Belgien und Luxemburg ausgeführt wurden.

Tabelle 8: Verbleib der französischen Eisenerzförderung

	Gesamtförderung		Beschickungsmenge der heimischen Industrie		Ausfuhr	
	Tsd. t	Tsd. t	v. H.	Tsd. t	v. H.	
1929	53 890	29 349	54	24 865	46	
1938	37 238	16 992	46	19 088	54	
1947	19 956	11 900	55	8 200	45	
1949	48 600	28 600	59	19 150	41	
1951	59 000	33 930	57	25 300	43	

Das Lothringer Erz hat nur 28 bis 40 % Fe-Gehalt (Schweden-  
erz 61 %; deutsches Erz 30 %), liegt aber verhältnismäßig offen  
(größte Schachtiefe: 240 m). Der Erzbergbau ist kapitalmäßig  
von der Stahlindustrie abhängig.

Im Rahmen des Monnet-Planes wurden im Erzbergbau bisher  
9.5 Mrd. frs. investiert, vorgesehen sind bis 1952 18.7 Mrd.  
frs. Die Modernisierungs-Maßnahmen sollen den Preis um 5 bis 10 %  
senken.

b) Eisenerz- und Montanunion:

Einen großen Anteil am Erzpreis haben die Transportkosten. Hier liegen auf Fe-Gehalt bezogen die Schwedenerze bei dem billigen Seetransport via Rotterdam-Rhein günstiger, als die französischen Erze.

Ein Druck, französische Erze zu beziehen, kann nur in einem gewissen Umfang ausgeübt werden. Da jederzeit die schwedische Konkurrenz vorhanden ist, kann die Entwicklung abgewartet werden.

2. Schrott.

In Deutschland wird augenblicklich dem Schrotthandel vorgeworfen, zugunsten lohnenderer Ausfuhrgeschäfte die deutsche Hüttenindustrie schlecht zu versorgen. Der Handel ist der Ansicht, daß Deutschland weiterhin ein Schrottexportland bleiben wird. Schwierigkeiten ergeben sich aus dem Unterschied zwischen Inland-Festpreis von 73 DM je t (Sorte 0 - Frachtbasis Essen) und dem Exportpreis von 20 Dollar je t, also 87 bis 90 DM. Weitere Preissteigerungen werden erwartet, da Schrottpreis Pittsburgh bis auf 46 Dollar je t stieg.

Tabelle 9: Schrottaufkommen Deutschlands  
(Monatsdurchschnitt in t)

1946:	63 604
1947:	55 955
1948:	142 005
1949:	400 503
1950 (I. Qu.)	427 179
Zwischen 1.7.48 - 31.3.50 (21 Monate)	
Schrottaufkommen:	9 429 578 t
Inland-Verbrauch:	5 196 442 t
Gesamt-Ausfuhr:	4 233 136 t
davon nach Groß-	
britannien:	2 161 218 t

Der Devisenkampf zwingt augenblicklich zur Schrottausfuhr, die keineswegs wünschenswert ist, da Schrott auf dem Weltmarkt

immer knapper wird.

Frankreich war früher Schrottausfuhrland. Der Verlagerungsplan von Bidault aus dem Jahre 1947, der 5 Mill. t deutscher Erzeugung nach Frankreich legen wollte, sah ein Verbot der Schrottausfuhr aus Frankreich und eine Einfuhr aus Deutschland vor. Dies ist erwähnenswert, weil nicht festliegt, ob alle Grundlinien dieser Pläne aufgegeben sind.

Schrottausfuhr nach Frankreich bringt schwere Bedenken. Der französische Preis liegt mit 52,50 DM/t (frei Waggon) erheblich unter dem oben erwähnten deutschen Preis von 73,- DM/t.

### 3. Feuerfeste Materialien.

Vorgesehene Bearbeitung mangels brauchbarer Unterlagen noch nicht erfolgt.

Das französische Steinkohlenprogramm  
=====

(Fassung des Monnctplans Dezember 1949.)

B E R G B A U .

Sollförderung 1952 nach Longterm-Plan 60 Mill. t <sup>1)</sup>

-----  
Milliarden ffrs (350 ffrs. = 1 §).  
-----

	Bisherige Investitionen		Vorgesehene Investitionen			später	Gesamt
	1946/48	49	50	51	52		
1. Groß-Anla- gen 2) (Schächte, Wäschen, Tagesan- lagen)	27	27,5	22,5	26,7	23,8	19,7	147,2
2. Aufschluß- arbeiten (mit be- schränkten Mitteln) z.T. Selbst- finanzierung	36	12,5	13,0	13,0	13,1	--	87,6
3. Wohnungen	37	7,0	4,5	--	--	--	48,5
	100	47,0	40,0	39,7	36,9	19,7	283,3
						=	800 Mill. §

=====

1) inzwischen auf 55 Mill.t ermäßigt.

2) vor allem Ausbau der Aufbereitungsanlagen von  
20 Mill. t auf 40 Mill.t bis 1955.

K O K E R E I E N .

Investitionsbedarf (Milliarden ffrs.)

	Bisherige Investitionen		Vorgesehene Investitionen				Gesamt
	1946/48	49	50	51	52	später	
1. Zechenkokereien	4	3,4	4,7	7,7	6,5	2,6	28,9
2. Hochofenkokereien	2	2,4	2,0	2,0	2,0	1,0	11,4
			6,7	9,7	8,5	3,6	
3. Gasanstalten	2	2,0	2,7	3,0	2,0	0,1	11,8
	8	7,8	9,4	12,7	10,5	2,7	52,1

= 150 Mill. \$  
=====

Kapazität (1000 tato)

	1946	47	48	49	50	51	52	53
1. Zechenk.	15	15	15	15,5	16	17	18	18
2. Hochofenk.	7	7,5	7,7	8,0	10,4	12	14	14
Jahresproduktion				(7)	(8)	(9)	(10)	(10)
								Mill. t)
3. Gasanstalten	4	4	4,4	4,7	5,5	7	8	10
Gesamt:	26	26,5	27,1	28,2	31,9	36	40	42

Beachtlich ist die Steigerung der Kokserzeugung bei den Zechen und den Hochofenkokereien. Die Produktion der Gasanstalten interessiert erst in zweiter Linie, da nur teilweise Verwendungsmöglichkeit als Hüttenkoks besteht. Von einer Herabsetzung der Kapazitäten (etwa ähnlich wie bei der Kohle von zunächst 70 Mill. t auf 60 und jetzt nur 55 Mill. t) ist nichts bekannt. Der Ausbau der Zechen- und der Hochofenkokereien ist vielmehr ein wesentlicher Bestandteil des Stahlprogramms. Der Ausbau insbesondere der Hochofenkokereien ist im Hinblick auf die Verbundwirtschaft besonders günstig. (Gichtgas der Hochöfen unter die Koksofenbatterien, das hochwertige Kokereigas dagegen in die Ferngasleitungen.) Dementsprechend ist die Zufuhr von zusätzlich 4 Mill. r Ruhrfettkohle notwendig.

Kokserzeugung Lothringen.

Nach Angabe der Deutschen Kohlenbergbau-Leitung ist es gelungen, aus der sehr gasreichen lothringischen Fettkohle einen brauchbaren Hüttenkoks von ausreichender Festigkeit zu erzeugen. Das Problem ist technisch einwandfrei gelöst:

- 50 % lothring. Fettkohle
- 25 % Schwelkoks und
- 25 % Fettkohle aus Pas de Calais

worden getrocknet auf absolute Wasserfreiheit, zu Staub vermahlen, sodann gemischt und verkocht. Der Koks hat eine Trommelfestigkeit von 75 - 76 (Ruhrkoks: 78 - 80).

Schwierig ist bei dem Verfahren

1. das Trocknen auf Wasserfreiheit,
2. das Mahlen zu Staub;
3. muss eine Schwelerei zur Erzeugung von Schwelkoks vorhanden sein.
4. Es sind große Kohlenvorratstürme zu errichten, aus denen die Kohle im richtigen Verhältnis abgezogen wird.
5. Das Trocknen auf Wasserfreiheit und das Einbringen des staubförmigen Gutes in den Kokeofen ist explosionsgefährlich, entsprechende Sicherheitsvorrichtungen müssen erst entwickelt und durchgeführt werden.

Die Wirtschaftlichkeit dürfte kaum gesichert sein. Hohe Kapitalinvestitionen und hohe Betriebskosten dürften den Frachtvorsprung des lothringischen Kokes voll aufheben, sodaß kein Anreiz besteht, eigenen lothringischen Koks zu erzeugen. Nach Pressenotizen will man im Rahmen des Schuman-Planes auf die lothringische Kokserzeugung verzichten. Dem Bericht von Dr. Perink (DEBL) zufolge ist die lothringische Versuchsanlage inzwischen stillgelegt.



Frankreichs Kohleneinfuhr und der Monnet-Plan.

	Einfuhren in Mio t				
	Steinkohlen	Koks	Steinkohlen und Braunkohlenbriketts	Saarsteinkohlen	Saar-koks
1929	28,2	5,4	1,2		
1938	18,7	2,4	1,0		
1947	14,2	2,0	0,23		
1948	15,1	3,4	0,24		
1949 (vorläufig)	13,5	4,0	unbekannt	2,3	1,2

Im Jahre 1949 wurden rd. 21 Mill. t Kohle nach Frankreich eingeführt, wovon Deutschland mit 7,9 Mill. t die erste Stelle einnimmt. Wenn unterstellt wird, daß die Einfuhr von amerikanischer Kohle - im Jahre 1949 waren es 4,6 Mill. t - künftig ganz fortfällt, kann hier eine zusätzliche Absatzmöglichkeit für die deutsche Kohle in dieser Höhe angenommen werden. Wie weit sie genutzt werden kann, hängt davon ab wie hoch der Anteil der englischen, vielleicht auch der polnischen Kohle am französischen Markt bemessen wird. Allgemein ist jedoch zu fordern, daß Frankreich der deutschen Kohle eine angemessene zusätzliche Liefermöglichkeit gewährt.

Der Absatz der deutschen Kohle in Frankreich ist abhängig von der Tarifpolitik der französischen Bahn. Voraussetzung für eine Zusammenarbeit wäre, einen einheitlichen durchgehenden Tarif ab Zeche bis Verbrauchsort einzuführen. (Das gleiche gilt für Eisenerz und Stahl.)

Kohlenplanung nach dem Monnetplan (Stand Juni 1950)

Bedarf 70 Mill. t, Fördersoll 55 Mill. t

Reviere	Soll-Förderung Mill. t	Bedarfs- deckung Mill. t
a) K o h l e :		
Bedarf:		70
Nord et Pas de Calais	28	
Lothringen	16	
	44	
mithin bleiben für		
Centre et Midi	11	
(anstelle von bisher 13,2 Mill. t)		
Förderung		55
Fehlmenge:		15 Mill. t
Abdeckung:		
Einführen aus dem Saargebiet anstelle von bisher 2,4 Mill. t		4 - 6
Zuführen aus europäischen Ländern (laut Monnet-Plan), insbesondere aus Deutschland, möglichst in Gestalt von Fettkohle		9 - 11

b) K o k s

Bedarf der Hütten Frankreichs.

Rohstahlerzeugung	12,5 Mill. t
Koksbedarf 1100 kg/t +)	13,7 " "
Eigenerzeugung	
an Leichenkoks	5,4 " "
" Hüttenkoks	4,2 " "
in Gasanstalten	1,0 " "
	<hr/>
	10,6 Mill. t

Within Zufuhren von europäischen Ländern (Deutschland) erforderlichlich von 3 - 4 Mill. t

+ ) normalerweise 9 - 950 kg Koks/t Rohstahl, bei lothring. Minette mit 31 - 32% Fe jedoch 1150 - 1200 kg (vgl. Denkschrift des Stahlverbandes 1947)

c) Koks-Bedarf Saar

Rohstahlerzeugung	
z. Zt. 1,8 Mill. t, geplant	3,8 Mill. t
Koksbedarf	<hr/>
Kokserzeugung	4,2 Mill. t
	3,3 Mill. t
	<hr/>
Within Fehlmenge	0,9 Mill. t

d.h. die saarländische Kokserzeugung muß um rd. 1 Mill. t gesteigert werden.

Die bisher nach Frankreich gelieferte Menge von 1 Mill. t wird vermutlich im Saarland selbst benötigt.

Die Entwicklung des deutschen Steinkohlenbergbaus

(lt. Plan A)

Zielförderung bis Ende 1953 450 000 tato  
= 135 Mill. t/Jahr

Kokserzeugung bis Ende 1954 100 000 tato  
= 36,5 Mill. t/Jahr

Ausbau der Zechenkraftwerke, insbesondere zur Verwertung unreiner Kohle (Ballastkraftwerke).

Ausbau der Aufbereitungsanlagen.

Der Investitionsbedarf

des französischen und deutschen Steinkohlenbergbaues.

a) Frankreich

Wie im Abschnitt 7 "das französische Steinkohlenprogramm" ausgeführt ist, beträgt für den Monnet-Plan in der revidierten Fassung vom Dezember 1949 der Kapitalbedarf für den Steinkohlenbergbau und die Kokereien

800 Mill. \$
150 " "

Hiervon sind erhebliche Beträge schon investiert.

Ab 1952 ist infolge der Revision des Planes und der Reduzierung auf nur etwa 55 Mill. t für einen Ausbau von etwa 5 Mill. Jahresförderung (bei einem Preis von 8 000 ffirs. je t Jahresförderung) ein Betrag von etwa

40 Milliarden ffirs

erforderlich.

Der geplante Ausbau der Zechen- und Hüttenkokereien wird etwa 70 Milliarden ffirs erfordern. In % ungerundet entspricht dies einem Betrag von 200 Mill. \$.

b) Deutschland

Zur Erreichung der Zielförderung von 450 000 tate bzw. 135 Mill. t Jahresförderung werden benötigt:

- 1. bis zum Jahre 1953 650 Mill. DM
- 2. bis zum Jahre 1958 600 Mill. DM

Hiervon beabsichtigt man, 25 - 30% aus eigenen Mitteln zu finanzieren, so daß etwa 800 - 850 Mill. DM Fremdkapital bis zum Jahre 1958 erforderlich sind. Dieser Betrag mag hoch erscheinen, ist aber im Hinblick auf den Zuwachs von jährlich mindestens 20 Mill. t (vielleicht auch 25 Mill. t) höchst wirtschaftlich.

Der Ausbau der französischen Zechen um 10 Mill. t auf die geplante Höhe von 60 Mill. t bis zum Jahre 1955 wird weit über 800 Mill. \$ kosten. Was die französischen Pläne betrifft, so ist ein begrenzter Ausbau der lothringischen Zechen wegen der günstigen Lagerstättenverhältnisse durchaus vertretbar. Ein etwaiger Ausbau der Zechen in Nord et Pas de Calais auf 28 Mill. t, wie er zunächst geplant war, wird kaum verantwortlich sein. Besondere unwirtschaftliche Anlagen sollen nach französischen Pressenotizen in Centre et Midi in Verfolg des Schuman-Planes stillgelegt werden.

Wirtschaftlichkeitsfragen

Die wirtschaftliche Lage des französischen Steinkohlenbergbaues war schon vor dem Kriege nicht günstig. Überalterte Anlagen, eine im Vergleich zum Ruhrrevier geringe Mechanisierung sowie ungünstige Abbauverhältnisse sind als Ursache für die gegenüber dem Ruhrgebiet niedrigere Untertage-Leistung zu erwähnen. Ertragsmindernd wirkten auch der in einzelnen Revieren anzutreffende hohe Belastungsgehalt sowie sonstige die Verkokungsmöglichkeit beeinträchtigende Eigenschaften der Kohle.

Schon während des Krieges mußte der französische Staat erhebliche Subventionen zahlen. Nach dem im Jahre 1946 erfolgten Nationalisierung des Steinkohlenbergbaus wurde im Zuge des Monnet-Plans mit der Modernisierung begonnen, die erhebliche Mittel für die umfangreichen Investitionen erforderte. In den ersten Nachkriegsjahren ist, bedingt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Umstellungsarbeiten, der Verlust noch größer geworden. Anfang 1949 war - in dem Bestreben, das Anwachsen der Subventionen zu drosseln, das Gleichgewicht zwischen Kosten und Erlösen buchmäßig hergestellt.

Über die Kosten- und Ertragslage im französischen Steinkohlenbergbau liegen für den Monat Januar 1949 sowie für die Planförderung Ende 1952 folgende Zahlen je t absetzfähige Förderung vor:



Gesamt- förderung DM	d a v o n								
	Nord et Pas de Calais		Lothringen		Loire				
	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	DM	
Jan. 1949	Ende 1952	Jan. 1949	Ende 1952	Jan. 1949	Ende 1952	Jan. 1949	Ende 1952	Jan. 1949	Ende 1952

Arbeitskosten einschl. Sozialabgaben	27,84	22,68	28,92	23,40	23,16	18,00	28,08	25,50
Materialkosten	8,88	9,24	8,40	8,76	10,20	10,32	10,50	10,92
Stemkosten	1,32	1,32	1,26	1,26	1,44	1,44	1,38	1,38
Kapitaldienst	1,96	3,60	1,50	3,12	3,54	5,16	1,56	2,88
Erneuerungen (Abschreibungen)	1,56	3,60	1,56	3,54	1,50	3,48	1,62	3,96
Gesamtkosten:	41,56	40,44	41,64	40,08	39,84	38,40	43,14	44,64
Erlöse	41,56	41,64	41,22	41,64	41,82	40,80	44,82	45,24
Überschuss (+)								
Defizit (-)	+ + 0	+ 1,20	- 0,42	+ 1,56	+ 1,98	+ 2,40	+ 1,68	+ 0,60

Während das lothringische und das Loirebecken im Januar 1949 nach diesen Zahlen einen geringen Überschuss erwirtschaften konnten, haben andere Regionen mit Verlusten gearbeitet. Insgesamt wurden die kalkulatorischen Kosten von den Erlösen gedeckt.

Aus den Plankosten für 1952 ist zu ersehen, daß der Steinkohlen-Bergbau im Zuge des Monnet-Planes stark mechanisiert werden soll, was eine Steigerung des Grubeneffektes und damit eine Senkung der Inkosten, andererseits eine Erhöhung der Material- und Kapitalkosten zur Folge hat. Nach Durchführung der Mechanisierung soll der gesamte französische Steinkohlenbergbau mit einem geringen Überschuss arbeiten.

Im Vergleich hierzu erklären hervorragende deutsche Fachleute, daß der deutsche Steinkohlenbergbau z. Zt. die Kohle um 6,- DM/t billiger fördert.

Im Saarbergbau gilt etwa das gleiche wie im benachbarten Lothringen. Man arbeitete bis vor kurzem noch mit vielen Verlusten. Seit letzter Zeit dürfte er praktisch ohne Verluste arbeiten.

Der deutsche Steinkohlenbergbau arbeitete in den Nachkriegsjahren unter wesentlich schwierigeren Bedingungen als der französische Bergbau. Die Schwierigkeiten in Ernährung, Versorgung und Materialbeschaffung, das Wohnungsproblem waren weit größer. Hinzu kommt das gewaltige Aus-

maß der Zerstörung. Es konnten sich daher die Förderung und die Leistung nicht so schnell erholen wie in Frankreich. Unter diesen Nachwirkungen leidet der Ruhrbergbau auch heute noch.

Die im September 1948 stattgefundene Prüfung der Kosten- und Ertragslage im westdeutschen Steinkohlenbergbau ergab, daß die Mehrzahl der Zechen mit Verlust arbeitet, da der Kohlenpreis im Hinblick auf den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bewußt niedrig gehalten werden mußte.

Die Nachprüfung der Ertragslage des westdeutschen Steinkohlenbergbaues im Frühjahr 1950 ist zwar noch nicht völlig abgeschlossen. Es kann jedoch schon jetzt festgestellt werden, daß sich von September 1948 bis 1. Quartal 1950 trotz wiederholter Lohn-erhöhungen und vermehrten Urlaubs und trotz Senkung der Exportpreise der Bergbau gut behauptet hat. Dies ist um so beachtlicher, als in den Monaten nach der Währungsreform ein gewaltiger Nachholbedarf sowohl im Grubenbetrieb als auch im Wohnungswesen zu befriedigen war. In diesen 1 1/2 Jahren hat sich der Bergbau erheblich erholen können. Man schätzt, daß die gänzliche Deckung des Nachholbedarfs des letzten Jahrzehnts sich bis zum Ende 1951 hinziehen wird. Vorbedingung für diese weitere günstige Entwicklung sind 2 Faktoren:

- 1.) Weitere stetige Fördersteigerung bis zur Erreichung der Zielförderung, Vermeidung von Absatzkrisen.
- 2.) Sicherstellung der Investitionen.

Leistung im französischen, im saarländischen  
und im deutschen Steinkohlenbergbau.

=====

Ein Vergleich ist nicht ohne weiteres möglich, da die Abgrenzung der verschiedenen Statistiken nicht bekannt ist. Sehr wahrscheinlich sind die Untertageleistung Frankreichs und der Saar in zu günstigem Sinne abgegrenzt, im Vergleich zu Westdeutschland. Immerhin bietet die beiliegende Tabelle gewisse Vergleichswerte. Danach haben die Bezirke Lothringen, Niederrhein und Dortmund ungefähr gleich gute Leistungen, wobei allerdings zu bemerken ist, daß das Revier Lothringen nur eine verhältnismäßig kleine Förderung hat. Ganz allgemein hat der französische Bergbau die Kriegseinwirkungen infolge der geringeren Kriegsschäden sehr viel schneller überwunden und sich den Normalleistungen mehr genähert als der deutsche Bergbau. Ohne Zweifel wird aber noch im Laufe des Jahres 1950 der deutsche Bergbau erheblich aufholen und vielleicht schon bei Jahresende an der Ruhr annähernd bei 1 500 kg und im Bundesgebiet bei etwa 1 420 kg liegen. An ein Erreichen der Leistungen des Jahres 1938 ist aber in naher Zukunft nicht zu denken. Immerhin werden wir bei der immer intensiver betriebenen Mechanisierung in den nächsten Jahren erheblich aufholen. Der Anteil der Förderung aus mechanisierten Betrieben betrug im September 1948 erst 6,6 % und im März 1950 bereits etwa 20 %. In die Mechanisierung der Gewinnung hat der deutsche Bergbau sehr viel Kapital gesteckt, und es steht zu erwarten, daß sich diese Investitionen bereits in naher Zukunft auswirken werden. Daß diese Entwicklung auch einen günstigen Einfluß auf die Leistung ausüben wird, ist selbstverständlich. Die weitere Fördersteigerung auf 400 000 t wird durch die bessere Ausnutzung der Anlagen zu einer Kostensenkung führen.

Vergleich der Leistungen im Steinkohlenbergbau  
 Frankreich - Saar - Westdeutschland  
 aufgeteilt in die einzelnen Reviere

a) Leistung/kg je Mann und Schicht / Gesamtbelegschaft

	Frankreich					West- Deutschland						
	Nord et Pas de Calais	Lothrin- gen	Loire	Blanzy	Saar	Aachen	Nieder- rhein	Essen	Dort- mund	Reckling- hausen	Bochum	Nieder- sachsen
1938	782	1255	773	909	1176		(Ruhrdurchschnitt: 1547)					
1948 <sup>+</sup> )	628	907	748	853	763	1087	1264	1106	1182	1101	1056	828
Sept. 49	648	971	734	882	843		1328	1190	1289	1161	1188	917
März 50	noch unbekannt!						1381	1228	1331	1213	1230	945

b) Leistung des Untertagebetriebes

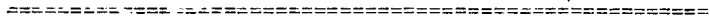
1938	1136	2014	1243	1551	1570		(Ruhrdurchschnitt: 1970)					
1948 <sup>+</sup> )	980	1393	1137	1302	1196	1087	1434	1237	1310	1248	1185	915
Sept. 49	1022	1504	1106	1353	1313	1174	1485	1329	1424	1336	1335	1064
März 50	noch nicht bekannt!					1175	1544	1372	1466	1370	1384	1095

Förderung

1949	25,6	9,0	13,2	14,3	5,0	21,5	21,0	22,5	19,0	12,5	2,0
Mill. to											

<sup>+</sup>) da statistische Angaben fehlen, wurde  
 der Januar 1949 gewählt.

Belagschaftsfragen  
im deutschen und französischen Steinkohlenbergbau



Sowohl im deutschen als auch im französischen Steinkohlenbergbau herrscht unter den Bergleuten eine hohe Fluktuation. Die Nachwuchsfrage stellt beide Länder vor ernsthafte Probleme.

In Frankreich sind es die vielen Ausländer (Polen, Letten, Tschechen und auch Italiener), die mit rd. 30% nicht nur wenig seßhaft sind, sondern auch ein politisch recht unruhiges Element darstellen. Das Nachwuchsproblem ist in keiner Weise gelöst. 75% des benötigten Ersatzbedarfs wird z.Z. aus Ausländern rekrutiert. Allein der Mangel an Arbeitskräften stellt möglicherweise die französischen Ausbaupläne in Frage.

Der deutsche Steinkohlenbergbau würde mit ähnlichen Schwierigkeiten zu rechnen haben, wenn nicht der starke Flüchtlingszustrom in den vergangenen Jahren konstant angehalten hätte und andererseits durch die starke Erwerbslosigkeit ein großes Reservoir an Arbeitskräften bestünde. Das großzügige Bergarbeiterwohnungsbauprogramm, der Bau vieler Lehrlingsheime und vor allem der Lohnvorsprung, den der Steinkohlenbergmann vor den anderen Industriesparten hat, wird dazu beitragen, daß bei Belebung des Arbeitsmarktes die Fluktuation in andere Industrien mit leichterer körperlicher Arbeit kein zu großes Ausmaß annimmt. Die mit großem Nachdruck betriebene Mechanisierung im deutschen Steinkohlenbergbau, die bereits 20% ausmacht, dürfte ebenfalls sich günstig auf das Arbeitsinsatzproblem auswirken oder zumindest die Arbeitsbedingungen unter Tage wesentlich erleichtern.

Der französische Bergbau beginnt daher jetzt ebenfalls nach unserem Vorbild zu mechanisieren. In Anbetracht der ungünstigen Lagerungsverhältnisse (insbesondere in Nord et pas de Calais) dürfte dies eine schwierige Aufgabe sein und der deutsche Steinkohlenbergbau dürfte auf diesem Gebiet einen Vorsprung von mehreren Jahren haben.

### Schlussfolgerungen.

Aus der Gegenüberstellung der wichtigsten Daten für den französischen und deutsche Kohlebergbau wird es offensichtlich, daß der deutsche Kohlebergbau sich im ganzen gesehen auch auf die Dauer in einer günstigeren Lage befindet, als der französische Kohlebergbau. Diese Feststellung findet ihre Hauptgrundlage in den unterschiedlichen Gesteinskosten, die im wesentlichen bedingt sind durch die ungünstigeren Abbauverhältnisse in Frankreich wie auch durch den verhältnismäßig größeren Anteil der Über-Tage-Arbeiter an der gesamten Bergschafft.

Kostenmäßig arbeitet der französische Bergbau heute um etwa 5 bis 8 DM pro to teurer als der Bergbau der wichtigsten Kohleexportländer (Deutschland und Großbritannien). Hierüber sind genauere Erhebungen bereits angelaufen.

Es liegen Zahlen darüber vor, daß z. Zt. in Frankreich Investitionskosten in Höhe von 8.000 ffrs. für die Erzeugung einer to Kohle notwendig sind. Das entspricht etwa dem Werte von 2,7 to Kohle. Die vergleichbaren Ziffern lauten für England 1,5 to und in den Vereinigten Staaten sogar nur 0,5 to Kohle.

Die ungünstigere Lage des französischen Bergbaus kommt in diesem Zusammenhang auch ganz klar in den Investitionsplänen zum Ausdruck. Die deutschen Förderpläne sehen eine Steigerung der Kohlenförderung von 1950 auf 51 um fast 10 Mill. to vor. Der hierfür aus fremden Mitteln zu deckende Kreditbedarf ist mit 758 Mill. DM = 180 Mill. \$ geschätzt. Dieser Kreditbedarf fällt in den folgenden Jahren auf 152 Mill. \$ bis 1952 und auf 149 Mill. \$ in den Jahren 1954 bis 1958. Demgegenüber sind für den französischen Bergbau für die Jahre 1949 bis 1952, und zwar zur Erreichung der ursprünglichen Zielförderung von 64 Mill. to, 800 Mill. \$ angesetzt worden. Um die gleiche Mehrförderung zu erreichen, sind also offensichtlich im deutschen Bergbau wesentlich geringere Investitionen erforderlich, als im französischen Bergbau, wenn auch der Investitionsbedarf des französischen Bergbaus sich auf Grund der inzwischen erfolgten Ermäßigung des Förderprogramms auf 60 Mill. to 1952/53 niedriger stellen dürfte (Angaben der DEBL).

Ein weiterer, besonders ungünstiger Faktor für Frankreich ist der hohe Anteil der geringerwertigen Kohle an der Gesamtförderung. Die DEBL veranschlagt diesen Anteil auf etwa 30 %. Es ist die Ansicht vertreten worden, daß, je stärker sich der Kohlenüberschuß allmählich bemerkbar macht, es umso schwieriger wird, Verwendungsmöglichkeiten für geringerwertige Brennstoffe zu finden und daß nach den Erwägungen der Wirtschaftlichkeit dem französischen Kohlebergbau kaum eine andere Wahl bleibt, als die Gruben mit hohem Anteil geringerwertiger Brennstoffe an ihrer Förderung stillzulegen.

Indessen muß die Frage der geringerwertigen Brennstoffe in Frankreich deutscherseits doch wohl vorsichtiger beurteilt werden. Der Monnet-Plan läßt sowohl in seiner bisherigen Durchführung, wie

zukünftigen



zukünftigen Planung erkennen, daß man dieses Problem mit großem Aufwand zu lösen versucht und auch, wenigstens zum Teil, wird lösen können. So ist ein sehr hoher Anteil der Investitionen für die Veredelung der Kohle vorgesehen. Der Ausbau der Aufbereitungsanlagen, Wäschern usw. soll zunächst bis 1952 auf 20 Mill. t Jahreskapazität, bis 1955 sogar auf 40 Mill. t Jahreskapazität gesteigert werden. Auf diese Weise wird es möglich sein, einen hohen Anteil der geringerwertigen Kohle zu veredeln.

Weiter ist ohne Zweifel damit zu rechnen, daß es dem französischen Bergbau gelingen wird, die Gesteinskosten im Zuge der Modernisierungsarbeiten zu senken, wenn auch die Hoffnung, die Schichtleistung bis 1952/53 gegenüber 1948 um 50 % (!) zu erhöhen, sich kaum erfüllen dürfte. Jedenfalls rechnet man bis 1952/53 mit einer durchschnittlichen Senkung der Gesteinskosten um etwa 400 ffrs. pro to.

Im Ganzen gesehen, wird aber selbst bei erfolgreichsten Anstrengungen der französische Kohlebergbau bis 1952/53 und auch späterhin stets klar erkennen müssen, daß z. B. die westdeutsche Kohle immer noch und wahrscheinlich wesentlich billiger zu fördern sein wird.

Wie ist unter diesen Umständen die Frage einer Stilllegung französischer Gruben im Fortschreiten der Durchführung des Schuman-Plans zu beurteilen?

Bei der Beantwortung dieser Frage muß sicher beachtet werden, daß im Rahmen des Monnet-Plans bisher schon enorme Beträge aus Steuermitteln und EKP-Counterpart-Funds in französischen Bergbau investiert worden sind. Eine kurzfristige Durchsetzung des ökonomischen Prinzips in der Aufteilung der Kohlenproduktion auf Deutschland und Frankreich würde dazu führen, daß sich diese Beträge als Fehlinvestitionen erweisen. Ein solches Verhalten kann daher wohl auf französischer Seite kaum erwartet werden, wenn auch angenommen werden dürfte, daß sich, auf lange Sicht gesehen, das ökonomische Prinzip in der Aufteilung der Produktion wirklich durchsetzt. In diesem Zusammenhang könnte jedoch zunächst der im Schuman-Plan enthaltene Begriff der Ausgleichskasse und ihrer Funktion eine Möglichkeit andeuten, welche konkreten Verstellungen französischerseits bezüglich der Gestaltung der Kohlenunion bestehen.

Es fragt sich, ob man nicht daran denkt, einen Teil der Erlöse der billiger arbeitenden Gruben Westdeutschlands in eine solche Ausgleichskasse zu leiten (möglicherweise, nachdem man zunächst den deutschen Kohlenpreis herauf gesetzt hat), um dann daraus eine Subventionierung des französischen Bergbaus vorzunehmen und weiter sogar auf diesem Wege die raschere Abschreibung der unwirtschaftlich arbeitenden französischen Gruben zu ermöglichen. Dem französischen Verhalten dürfte daher in diesem Punkte ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Kohlenreviere Frankreichs und das Saarrevier.

Geschätzte Steinkohlenvorräte in Mill. t bis 1200 m Teufe.

Nord et Pas de Calais	3 285
Lothringen	2 300
Centre et Midi	unbekannt sehr zersplittert
Zum Vergleich:	
Saar	3 000
Ruhr	65 000
Aachen	1 700

Das Revier Nord et Pas de Calais ist die Fortsetzung des von Aachen über Lüttich, Namur, Charleroi bis nach Lille und darüber hinaus sich erstreckenden Kohlengebietes. Unter einem Deckgebirge von 150 - 300 m stehen 40 Flöze an mit 40 m Bauwürdigkeit. Die Flöze sind etwa zu einem Drittel in flacher Lagerung, einem weiteren Drittel bis zu 25° und der Rest bis zu 50° abgelagert. Durch Sprünge und Überschiebungen sind die Lagerstätten z. T. stark gestört, der Bergbau ist hierdurch wesentlich erschwert. Die Qualität der Kohle ist gut. Der Bergegehalt beträgt etwa 20%. Die Hälfte der Kohle ist Fettkohle, 50% hiervon ausgesprochene Kokskohle. Der Anteil an Anthrazit und Magerkohle beträgt 20%, der Rest ist Flammkohle. Die mittlere gebaute Mächtigkeit beträgt z. Zt. 90 cm. Früher arbeiteten hier 18 mittelgroße Gesellschaften. Die Betriebe waren ausgesprochene Kleinbetriebe. Auch mehrere größere Zechen waren vorhanden, die größte hatte eine Tagesförderung von 2 700 t. Nach der am 17. Mai 1946 durchgeführten Sozialisierung ist man bestrebt, kleinere Anlagen stillzulegen und Betriebskonzentrationen nach deutschem Vorbild vorzunehmen. Soweit die Zechen durch den ersten Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogen waren, sind die Tagesanlagen modern. Der Rest ist ausgesprochen unmodern. Zahlreiche Werksbahn-Anschlüsse mit großem Schienennetz sind vorhanden. Ein Teil der Zechen hat auch Kanalanschluß. Das Fassungsvermögen der Kähne beträgt 300 t.

Billige Werkswohnungen stehen zur Verfügung. Die Wohnungen sind sehr einfach und mit unseren Wohnungen nicht zu vergleichen. Seit der Sozialisierung zahlt der Bergmann keine Miete.

In den letzten zwei Jahren bemüht man sich, die Betriebsanlagen unter- und übertage zu modernisieren. Schrämmaschinen wurden eingesetzt. Eiserner Ausbau ist im vermehrten Maß anzutreffen. Man ist auch bemüht, Großbetriebspunkte in der Gewinnung, ähnlich wie in Westfalen, einzurichten, mit einer Tagesförderung von 5 - 600 t. In Verfolg des Monnet-Planes sollen auch verschiedene Großkokereien nach deutschem Muster errichtet sein.

Das Lothringer Revier ist die Fortsetzung des Saargebietes. Die Lagerungsverhältnisse sind sehr günstig, die Anlagen z. T. sehr modern. Die Flöze sind sehr mächtig. So wird z. B. ein annähernd 20 m starkes Flöz, das steil gelagert ist, mit Spülversatz abge-

baut. Da die Kohlenvorräte nicht sehr groß sind und die besten Kohlen unter dem deutschen Warndt-Gebiet anstehen, baut ein Teil der lothringischen Zechen (Merlenbach und Klein-Rosseln) unter Verletzung der Hoheitsrechte auf deutschem Gebiet. Durch Pachtvertrag zwischen Saarregierung und Frankreich soll die Verletzung jetzt sanktioniert sein. Mehrere Schächte sind auf saarländischem Gebiet abgeteuft worden, die nicht der saarländischen Bergbehörde unterstehen. Im lothringischen Bergbau befanden sich vor der Sozialisierung nur 4 Gesellschaften. Die Qualität der Kohle ist gut. 60 - 70% der Gesamtförderung besteht aus einer Art Flammkohle, der Rest aus Fettkohle, die sich jedoch schwerer als die Ruhrkohle verkoken läßt. Durch Mischung verschiedener Horizonte soll es gelungen sein, einen brauchbaren Koks herzustellen, der sich infolge des Frachtvorsprunges erheblich billiger stellen soll als der Ruhrkoks. Aus neueren Pressenotizen geht hervor, daß man im Sinne des Schuman-Planes auf die Herstellung von Lothringer Koks verzichten wolle. Es hat sich wohl herausgestellt, daß der Lothringer Koks erheblich teurer wird als der Ruhrkoks. Die Lothringer Kohle eignet sich genau wie die Saarkohle vorzüglich zum Hydrieren.

In Centre et Midi haben wir es nur mit kleineren bis mittleren örtlichen linsenartigen Vorkommen zu tun, die zwar sehr zahlreich sind, aber keinen nachhaltigen Bergbau erlauben. Zum Teil wird im Stollenbetrieb gearbeitet. Bezeichnend ist, daß vor der Sozialisierung dort etwa 250 Klein- und Kleinstbetriebe Bergbau trieben. Ein Teil der Betriebe ist so bedeutungslos, daß er von der Sozialisierung ausgenommen wurde. Die Kohle dieses Bezirks dient in erster Linie dem örtlichen Hausbrand. Sie hat aber infolge ihres Frachtvorsprunges auch Bedeutung für die mittelfranzösische Industrie.

In Südfrankreich (Dordogne und in der Provence) befinden sich verschiedene Braunkohlenvorkommen, die überwiegend im Tiefbau und nur zum kleinen Teil im Tagebau abgebaut werden. Ein Tagebau arbeitet nach deutschem Vorbild sogar mit einer Förderbrücke (Hostens). Er ist sozialisiert. Die anderen Kleinbetriebe sind von der Sozialisierung ausgenommen.

Im Saarland liegt das größte und wertvollste Kohlenvorkommen des französischen Einflußgebietes. Die Kohle ist eine Art Flammkohle, wenn auch nicht entsprechend der Klassifizierung des Westfälischen und Aachener Reviers. Während die Ruhr-Fettkohle einen Gehalt von etwa 25% flüchtigen Bestandteilen aufweist und einen vorzüglichen Koks liefert, hat die Saar-Fettkohle 30 - 38% und die Saar-Flammkohle 35 - 42% flüchtige Bestandteile; hieraus ergibt sich eine mindere Koksqualität. Dagegen ist die Saarkohle eine ausgezeichnete Gaskohle, die als Lokkohle und auch in Industriebetrieben gern verfeuert wird.

Die Kokerzeugung der Saargruben beschränkt sich auf 2 Kokereien. Die Qualität des Saarkokes erreicht jedoch nicht die des Ruhrkokes, obwohl in letzter Zeit beachtliche Fortschritte gemacht worden sind. Die geringe Koksproduktion ist darin begründet, daß die Saar-Eisenindustrie den Koks, den sie gebraucht, aus Saarkohle und Fremdkohle erzeugt (ein Vorteil der Verbundwirtschaft zwischen Hüttenkokerei und Hochofenbetrieb).

Die Saargruben wurden unter deutscher Leitung planmäßig modernisiert. Seit 1945 hat man für Mechanisierung und weitere Modernisierung sehr viel getan. Es sind Schrämmaschinen und vorzügliche Gewinnungsmaschinen eingesetzt. Auch der Streckenvortrieb ist mit amerikanischen Bohr- und Ladegeräten ausgerüstet. (Man bevorzugt amerikanische und französische Maschinen, selbst wenn sie das drei- bis vierfache des deutschen Preises kosten). Nach 1945 war man zum Kammerbau übergewandert und hat man amerikanische Ladegeräte eingesetzt. Zur Zeit stellt man wieder auf den bewährten Strebau um. Der Saarbergbau muß mit seinen besten Förderanlagen infolge fortgeschrittenen Abbaues in wenigen Jahren mit erheblichen Förderausfällen rechnen, daher muß rechtzeitig mit dem Abteufen zweier neuer Anlagen begonnen werden. Weitere 4 Schachtanlagen müssen vertieft werden. Das Niederbringen dieser Schächte und die Vertiefung der bestehenden Schachtanlagen dürfte Aufwendungen von 300 - 400 Millionen DM erfordern.



## Der französische Minette-Bergbau.

Im Rahmen des Schuman-Planes kommt dem Eisenerzbergbau Frankreichs und insbesondere der Minette erhebliche Bedeutung zu.

Die Eisenerzvorräte der Länder mit den größten Eisenerzvorkommen werden wie folgt geschätzt (Milliarden t):

<u>USA</u>	10,5 (sichere), davon noch 1,4 am Oberen See; 85 (wahrscheinliche und mögliche) Fe-Gehalt der Förderung 50 %.
<u>Sowjetunion</u>	8,5 mit 30 - 60 %, i. D. 50 % Fe ohne die ärmeren Erze von Kursk und Krivoi-Rog.

### Frankreich einschließlich Nordafrika

9,5 mit 30 - 55 % Fe.

Brasilien 7 mit 65 % Fe.

### Großbritannien

5,6, dazu mehrere Milliarden t mögliche Vorräte.  
Fe-Gehalt der Förderung 30 %.

**A n l a g e :** Vorräte und Erzgehalte der wichtigsten europäischen Eisenerzbezirke (Anlage folgt).

### Eisenerzförderung.

Frankreich stand mit seiner Eisenerzförderung 1938 mit etwa 33 Mill. t (durchschn. Fe-Gehalt 30 %) nach dem Erzwicht an erster Stelle. Die Vereinigten Staaten förderten in diesem Jahr 28,9 Mill. t mit etwa 50 % Fe-Gehalt, die Sowjetunion 28 Mill. t, ebenfalls mit etwa 50 % Fe-Gehalt.

Die Förderung der Vereinigten Staaten bewegte sich in den Nachkriegsjahren zwischen 72 und 103 Mill. t.

**A n l a g e :** Eisenerzförderung in 1000 t (Anlage folgt).

### Minette-Einfuhr Deutschlands.

In den Jahren 1936 - 38 hat sich die jährliche Einfuhr aus Frankreich nach Deutschland - im wesentlichen Minetteerz - zwischen 5,8 und 7,8 Mio t jährlich bewegt, von denen 2 - 2 1/2 Mio t nach der Ruhr, die Hauptmenge nach der Saar gingen. Sie stand der Menge und dem Eiseninhalt nach hinter Schweden, das 1938 nach Deutschland 8,4 Mio t (70 % der Gesamtausfuhr Schwedens) lieferte.

**A n l a g e :** Übersicht über die Eisenerz-Einfuhren und Ausfuhren der europäischen Länder (Anlage folgt).

### Die Minette-Lagerstätte.

Etwa 94 % der französischen Eisenerzförderung und 70 % der Vorräte Frankreichs entfallen auf die Minette. Diese Erzablagerung bedeckt etwa 1 100 qkm und ist damit die größte zusammenhängende bauwürdige Eisenerzlagerstätte der Welt. Sie liegt auf der linken Moselseite und erstreckt sich mit etwa nordsüdlichem Streichen auf 60 km Länge über Longwy, Esch, Diedenhofen, Briey bis Nancy. Die Erzformation beißt an der Westseite des Moseltales

aus

-44-

aus und fällt nach Südwesten zwischen Mosel und Maas allmählich ein. Daher wird in Luxemburg im Tagebau, im ehemaligen Deutsch-Lothringen im Stollenbau und in den westlichen Gruben im Tiefbau mit Teufen bis 280 m abgebaut.

Die Minette ist eine sedimentäre Lagerstätte und gehört geologisch zum unteren Dogger. Eine erzfreie Zone teilt das Gebiet in das große Hauptbecken von Longwy - Esch - Briey und das kleine Becken von Nancy.

Das Erz ist ein oolithischer Brauncisenstein mit einem schwanken den Eisengehalt von 28 - 40 %. Es ist gemengt mit Kalken, Tonen und kieseligen Ausscheidungen.

Die gesamte Mächtigkeit schwankt zwischen 10 und 55 m. Im Hauptbecken sind 6 Lager vorhanden mit einer Mächtigkeit von 1,5 bis 6 m. Das sogen. "graue" Lager ist das Hauptlager. Die 3 oberen Lager - als grau, gelb und rot bezeichnet - sind kalkig, die unteren - grün, schwarz und braun genannt - kieselig. Der Kieselsäuregehalt nimmt allgemein nach Norden und Westen zu.

### Die Minette-Erze.

Im Orne- und Öttinger-Becken (bei Esch) sind hauptsächlich kalkige, im Longwy- und im Nancy-Becken vorwiegend kieselige Erze.

### Analyse eines kalkigen Erzes und eines kieseligen Erzes.

(Briey) Fe	30 - 33 %	(Longwy)	34 %
CaO	15 - 18 %		8,4 %
SiO <sub>2</sub>	6 - 7 %		17,5 %

### Die Minette-Erzvorräte.

Die mit 3,7 Mrd. t berechneten kalkigen und mit 2,9 Mrd. t angegebenen kieseligen Erzvorräte erhöhen sich noch, wenn die sehr hoch festgelegte Bauwürdigkeitsgrenze von 28 % Fe für kalkige und 30 % Fe für saure Erze auf 25 und 28 % herabgesetzt wird.

Das "graue" Hauptlager enthält allein 40 % der Gesamtvorräte und etwa 70 % der kalkigen Vorräte. Bisher sind nur kalkige Erze abgebaut worden. Der Abbau der sauren Erze wird also in Zukunft forciert werden müssen.

### Abbauverfahren.

Der Abbau erfolgt im Pfeiler-Bruchbau. Das Grubenfeld wird ganz oder teilweise durch schachbrettartige Auffahrung von breiten Kammern vorgerichtet; nach Abschluß dieser 1. Abbauperiode, des "Vorbaus", folgt der "Rückbau", d. h. die stehengebliebenen Pfeiler werden unter Zubruchwerfen des Hangenden zurückgebaut.

Wegen der höheren Kosten und des großen Risikos (Wassereintrittsgefahr aus dem Hangenden) ist der Rückbau der Pfeiler bei den meisten Gruben auf spätere Zeiten verschoben worden. Ein weiterer Grund hierfür ist, daß beim Vorbau in den großen Kammern der verstärkte Einsatz von Lademaschinen möglich ist.

Im Laufe der nächsten Jahre wird ein großer Teil der Gruben zum Rückbau übergehen müssen. Dies wird eine Erhöhung der Selbstkosten zur Folge haben.

### Förderung, Belegschaftszahlen, Schichtleistung.

Anlagen: folgen.



## Aufbereitung.

Die Körnchen der polytischen Minette haben einen Durchmesser von 0,2 mm. Eine etwaige Aufbereitung würde also eine Zerkleinerung auf diese Korngröße bedingen. Da es nicht gelingt, die Ooide unversehrt herauszuschälen, müßte das Erz auf Mehlfineinheit zerkleinert werden; damit würde die Trennung wahrscheinlich zu teuer.

Die in der Grube mittels Preßluftschlämmern durchgeführte Zerkleinerung der Erze ist ein wesentlicher Kostenfaktor. Im Kriege war von deutscher Seite der Bau von Brech- und Siebanlagen geplant. Einem neueren Bericht zufolge soll vor einem Jahr in Luxemburg eine neue Erzanreicherungsanlage erstellt worden sein, um auch die weniger wertvollen Minettesorten nutzbar zu machen. Die Luxemburgische Regierung soll zur Lösung dieser Frage Geldmittel bereitgestellt haben. Die Aufbereitungsfrage spielt im Eisenerzbergbau eine immer wichtigere Rolle in dem Maße, in dem die hochwertigen Eisenerze allmählich zu Ende gehen. Auch Länder wie die Vereinigten Staaten und England befassen sich mit Nachdruck mit der Entwicklung neuer Aufbereitungsverfahren zur Veredlung eisenärmerer Erze.

## Selbstkostenpreise.

Die Selbstkosten der ehemaligen deutsch-lothringischen Gruben wurden 1941 errechnet mit RM 4,03 je t versandten Erzes, davon RM 3,06 je t reine Betriebskosten.

Die Selbstkosten der französisch-lothringischen Gruben wurden ermittelt mit RM 2,44 je t, davon RM 2,04 je t reine Betriebskosten.

Der jetzige Preis für Minette-Erz wird mit 3,90  $\%$  entsprechend 16,40 DM/t angegeben. Einschließlich Fracht dürfte sich die Tonne frei Ruhrgebiet auf 20 - 22 DM stellen.

Zum Vergleich: Die Erzwerke Salzgitter erzielen für ihren hochprozentigen Sinter 24 DM/t Basis 40 % Fe und 23 % SiO<sub>2</sub>;

Skala  $\pm$  0,60 DM je Fe-Einheit  
 $\pm$  0,35 DM je SiO<sub>2</sub>-Einheit.

Im Durchschnitt des Monats März wurde bei 45,4 % Fe-Gehalt und 18,4 % SiO<sub>2</sub>-Gehalt ein Erlös von 28,85 DM/t erzielt. Die Fracht nach dem Ruhrgebiet beträgt etwa 2,70 DM/t. In Anbetracht des hohen Fe-Gehaltes und des verhältnismäßig günstigen Koksverbrauches bei der Verhüttung von Naßkonzentrat oder Sinter von Salzgitter dürfte keine Gefahr bestehen, daß die Salzgitter-Erze durch die Minette-Erze verdrängt werden.

Auswirkungen etwaiger Minette-Einfuhren auf den deutschen Eisenerzbergbau.

Wie die hohen Schichtleistungen erweisen, sind die Minette-Erze meist im Tagebau oder im Stollenbau oder in den westlichen Gruben durch Großeinsatz maschineller Geräte bei recht gleichmäßiger Lagerung und günstiger Gebietsverhältnisse überaus billig abzubauen. Infolge ihrer günstigen Analysenwerte sowie ihrer stückigen und porösen Beschaffenheit sind insbesondere die kalkigen Minette-Erze bei geringem Koksverbrauch leicht reduzierbar. Die sauren Minette-Sorten können mit Hilfe der sogen. Kalkwacken (rd. 18 % Eisengehalt bei erheblichem Kalküberschuß), die im Minettebezirk in großen Mengen vorkommen günstig verhüttbar gemacht werden.

Bekanntlich ist der Kieselsäuregehalt der Eisenerze und darüber hinaus das Verhältnis von Kieselsäure zum Kalk- und Eisengehalt von entscheidender Bedeutung für ihre wirtschaftliche Verhüttung. Je mehr Kieselsäure das Erz enthält, je ungünstiger das Kieselsäure-Kalkverhältnis ist und je weniger Eisen das Erz enthält, umso mehr Kalk muß dem Möller zur Verschlackung der Kieselsäure zugeschlagen werden. Von der anfallenden Schlackenmenge ist wiederum der Koksverbrauch und die Ausputzung des Hochofens abhängig, d. h., die wirtschaftliche Verhüttung des jeweiligen Eisenerzes. In dieser Beziehung gehören die Eisenerze des Fein-Ilse-Bezirk zu den hochwertigen Inlandserzen. Aber auch bei anderen Eisenerzen, deren Analysenwerte im Roherz ungünstig sind, ist es seit 1935 durch laufende Verbesserung der Aufbereitungsverfahren mechanischer und metallurgischer Art in vielen Fällen gelungen, im Endprodukt, d. h. in den sogen. Konzentraten einerseits den Eisengehalt wesentlich zu erhöhen und andererseits den Kieselsäureanteil so erheblich herabzudrücken, daß ihre Verhüttung wirtschaftlich geworden ist. Hier sind an erster Stelle die hochprozentigen NPKonzentrate und Sinter der Erzbergwerke Salzgitter GmbH. anzuführen, ferner das Konzentrat der Gewerkschaft Damme in Oldenburg.

Indessen gibt es noch eine Reihe sowohl kalkiger als auch saurer Erze, die teils wegen ihres niedrigen Eisengehaltes, teils wegen ihres hohen Kieselsäureanteiles einen hohen Schlackenafall und damit einen hohen Koksverbrauch haben. Hierher gehören Eisenerze aus dem Herzvorland, im Weserbezirk sowie insbesondere die badischen, württembergischen und bayerischen Doggererze.

Diese Gruben sowie eine Reihe von Betrieben des Lahn-Dillbezirk würden durch Einfuhr von Minette-Erzengefährdet werden, wenn es nicht gelingt, die Aufbereitungsverfahren laufend zu vervollkommen bzw. die hüttentechnischen Verfahren zur wirtschaftlichen Verhüttung armer Eisenerze weiter zu entwickeln.

### 3) Eisen und Stahl

A. Für den Sektor Eisen und Stahl sind grundsätzlich folgende zwei Voraussetzungen von Bedeutung:

- a) Die westeuropäische Stahlplanung muß so erfolgen, als ob es keine Grenzen gäbe und nur wirtschaftliche Faktoren für den Standort der Stahlerzeugung maßgebend wären.
- b) Die Stahlplanung im engeren nordfranzösischen, belgisch-luxemburgischen und westdeutschen Raum sollte die wirtschaftlichste Transportraum-Ausnutzung im Koks-/Erzpendelverkehr in Verbindung mit den besten Erzlagerstätten und Qualitäten ermöglichen und damit die niedrigsten Kosten in einer nordwesteuropäischen Stahlindustrie anstreben.

Die Stahlplanungen der OEEC-Länder sind hiermit nicht in Einklang zu bringen, denn sie führen zu einer Ausdehnung der Stahlkapazität um etwa 10,5 Mio to, ohne dass dafür die rohstoffmäßigen Voraussetzungen (Kohle, Erz und Schrott) gegeben sind und auch bei einem Teil der Länder bestimmt auch nicht der entsprechende Bedarf erwartet werden darf. Genf hat die hierdurch entstehende Überproduktion mit 8,5 Mio to im Jahr beziffert. Voraussetzung für den Ausbau der Eisen- und Stahlindustrie dieser Länder (England, Benelux, Frankreich, Italien, Österreich, Schweden) war u.a. auch die Begrenzung der deutschen Rohstahlquote auf 11,1 Mio to. Diese politisch begründete Verlagerung der Stahlerzeugung bedeutet den Verzicht auf die Erzeugung von Stahl in den günstigsten Standorten und zu wirtschaftlichsten Bedingungen. Beispiel: Während die August Thyssen - Hütte, die früher wirtschaftlichst arbeitende Hütte Deutschlands, nur zu einem Bruchteil ihrer Kapazität Stahl erzeugen darf, will Italien ohne Erz- Kohle-Grundlage und mit höchsten Kosten etwa 0,8 Mio to Stahl jährlich mehr investieren. Österreich, Niederlande und Schweden planen den Bau einer Breitbandstrasse, deren Ausbringen sie selbst nur zu einem Bruchteil im eigenen Lande verwerten können.

B. Bisher kann der Schuman-Plan mangels eingehender andersartiger Unterrichtung nur unter dem Gesichtspunkt des revidierten Monnet-Planes beurteilt werden, der ein Erzeugungsziel in Frankreich (einschl. Saar) von jährlich 14,5 Mio t Stahl vorsieht. Ein solcher Plan ist in Frankreich nur unter folgenden Voraussetzungen durchführbar:

- a) Investition erheblicher Dollarbeträge aus Marshallplan-Mitteln,
- b) politische Sicherung des Bezuges von Ruhrkokskohle und Ruhrkoks,
- c) entsprechende Abstimmung der deutschen Rohstahlquote und Lieferung der Fehlmenge von Stahlhalbzeug zur Auswalzung nach Westdeutschland.

Wenn diese Idee des Monnet-Planes im Schuman-Plan nicht verlassen werden sollte, würden sich folgende Konsequenzen ergeben:

1. Minette-Rücklast für Kokskohlen- und Kokszüge wären nicht mehr möglich. Wollte man trotzdem auf Minettebezug bestehen, so müßten entsprechende Mengen Schweden- und Salzgittererze ausfällen. Folge: Verstärkte Arbeitslosigkeit im deutschen Erzbergbau, Erhöhung der Transport- und Stahlerzeugungskosten (Mehreinsatz von Koks im Verhältnis 8 zu 11).
2. Unwirtschaftliche Störung der Wärmeverbundwirtschaft und der Zusammenhänge zwischen Gichtgas, Koksofengas, Stahlerzeugung und Auswalzen in einer Hitze.
3. Zusätzlicher Wärmeverbrauch von 30 bis 50 v.H., da das nach Westdeutschland angelieferte Stahlhalbzeug erneut auf Walzhitze gebracht werden müßte, und zusätzlicher Abbrand bzw. Eisenverluste von 3 v.H. beim doppelten Anwärmen.
4. Zuschneiden der Halbzeugstäbe auf Transportraum- und Ofenlängen, dadurch Verkürzung der Walzlängen, vermehrter Verschnittabfall und geringere Erzeugungsleistungen im Walzwerk.

Es leuchtet ein, dass schon diese (nicht umfassenden) ungünstigen Möglichkeiten bei angenommenen Größenordnungen von jährlich 3 bis 4 Mio Tonnen Halbzeuglieferungen zu einem bedeutenden Erzeugungsrückgang und zu einer entscheidenden Steigerung der Erzeugungskosten nicht nur in der deutschen Stahlindustrie führen müssen.

Es ist daher auch mit der Möglichkeit zu rechnen, dass man von französischer Seite weniger die Lieferungen von Halbzeug, sondern bereits von Walzwerkserzeugnissen nach Deutschland im Auge hat. Dies wäre vom französischen Standpunkt die ideale Lösung. Deutsche Bedenken dagegen:

- aa) Die sortenmäßige Zusammensetzung der deutschen Walzwerke, die dem vielfältigen Bedarf der deutschen Verarbeitungsindustrie angepasst ist, würde leiden. Damit würde eine immerhin wichtige Voraussetzung für die differenzierte Exportleistung der Weiterverarbeitungsindustrie gefährdet,
- bb) Im gedachten Fall würde man deutscherseits auf die Ausnutzung der deutschen Walzwerkskapazität und damit auf die billigste Herstellung verzichten.
- cc) Der Einstandspreis für die deutschen Verbraucher von Walzwerkserzeugnissen wird bei französischem Walzmaterial im Schnitt höher liegen infolge der Kohletransportkosten und der zusätzlichen Frachtkosten für den Rücktransport der Walzserzeugnisse.
- dd) Es ist zu befürchten, dass einzelne besonders an den Standort der Walzwerkserzeugung gebundene Nachfolge-Industriegruppen - z.B. Eisen- und Stahlbau, Ziehereien und Kaltwalzwerke - in ihren kostenmäßigen Voraussetzungen durch die Umgruppierung so benachteiligt werden, dass ihre Konkurrenzfähigkeit, insbesondere auf dem Weltmarkt, leidet.

Mithin wird es Aufgabe des Schuman-Planes sein müssen, den bisher offenbar auf der Idee einer erzorientierten europäischen Stahlerzeugung beruhenden Monnet-Plan entsprechend zu revidieren und der westdeutschen Stahlindustrie über die 11,1 Mio Tonnen hinaus einen Erzeugungsspielraum zu sichern, welcher auf die gegenwärtig vorhandene deutsche Rohstahlkapazität zugeschnitten ist. Ein neuer gemeinsamer Plan wird außerdem die westdeutsche Roh- und Walzstahlerzeugung so auszubauen haben, dass die früher bekannt hohe Wirtschaftlichkeit im betriebswirtschaftlich-technischen Zusammenspiel der Betriebsteile aller einzelnen Unternehmen gewährleistet ist.

C. Fachliche Einzelheiten außer der Erklärung Schumans über die Montan-Union sind nicht bekannt. Folgt man dem Grundsatz einer europäischen Stahlplanung nach ökonomischen Prinzipien so könnte man zu den einzelnen Punkten der Schuman-Erklärung wie folgt Stellung nehmen:

1. Beschaffung der Grundstoffe zu gleichen Bedingungen.

Gleiche Bedingungen über Grundstoffmengen, -Sorten und Preise frei Hütte würde eine Nivellierung der Standortbedingungen im europäischen Raum bedeuten und den Standortvorteil der Ruhr "guter und billiger Koks" beseitigen. Zu vermuten ist die französische Forderung nach einer Steigerung der Minettelieferungen an die Ruhr. Die Lieferungen betragen im Durchschnitt der Jahre 1929-1938 nur noch 1,4 Mio to. Nach dem Kriege wurde lothringische Minette überhaupt nicht mehr eingesetzt; luxemburgische Minette

im Jahre 1948	=	440 000 to
" " 1949	=	300 000 to.

Art und Umfang solcher Minettelieferungen müßten abhängig sein von:

- a) Wettbewerbsgesichtspunkten. Ist die Minette an der Ruhr billiger zu verhütten als Schwedenerze oder deutsche Erze, so wäre nichts einzuwenden. Minettepreise und -frachten müßten aber unter gleichen Bedingungen (ohne staatliche Stützung oder privatwirtschaftlichen Ausgleich) zustande kommen.
- b) Minetteeinfuhren werden die Förderung deutscher kalkhaltiger Erze und die deutschen Kalkbetriebe treffen. Folgewirkungen in dieser Richtung bleiben zu untersuchen.

Within dürfen die Grund- und Rohstoffe nicht zu gleichen Bedingungen und Preisen im europäischen Raum geliefert werden, wenn man vom Prinzip der höchsten Wirtschaftlichkeit der Stahlerzeugung ausgeht und wirtschaftliche Standorte entwickelt werden sollen.

Das gleiche gilt für Schrott und Ferrolegierungen. Der Einsatz von Schrott ist für den Fall einer Bereitstellung zu gleichen Bedingungen einmal daraufhin zu untersuchen, welche Versorgungsmöglichkeiten im Gebiet der Union auf längere Sicht bestehen und darauf, welche Preis- und Frachtgesichtspunkte zu berücksichtigen sind.



Frankreich war früher Schrott-Ausfuhrland. Die vorge-sehene Steigerung der französischen Stahlproduktion wird es zum Schrott-Zukaufsland machen. Ein Export-Aus-fuhrverbot besteht in Frankreich schon seit längerer Zeit.

Deutschland war schon von je her ein Schrotteinfuhrland und ist lediglich durch Überstarken Anfall durch die Zerstörungen zum Schrottausfuhrland geworden.

Es muß darauf hingewiesen werden, dass das deutsche Schrott-aufkommen, insbesondere in den Qualitätssorten, schon im kommenden Jahre zu Versorgungsschwierigkeiten bei uns führen wird.

Die Herstellung von Ferrolegierungen ist in Frankreich in Folge der günstigeren **Strom-Versorgungslage** zu erheblich geringeren Kosten als bei uns möglich. Es besteht die Gefahr, dass man an uns das Ansinnen stellen wird, unsere Werke zu einem späteren Zeitpunkt still zu legen, was mit Rück-sicht auf die daraus entstehende absolute Abhängigkeit für diese außerordentlich wichtigen Vorprodukte sehr be-denklich wäre.

## 2. Die Gemeinsamkeit der Produktion.

Die deutsche Stahlindustrie ist in Stahlqualitäten, Stahl-sorten und Profilen vielseitiger und beweglicher gewesen als die französische Stahlindustrie. Desgleichen ist die technische Entwicklung stärker von der deutschen Stahl-industrie getragen worden.

Ungeachtet aller Beschränkungen hat sich auch nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt, daß unseren Werken eine stärkere Dynamik eigen ist. Eine gemeinsame Produktionsfestlegung könnte diese unsere Leistungskraft auf unsere Kosten zugunsten der übrigen Teilnehmerstaaten einschränken. Darüber hinaus ist, abgesehen von der Tatsache, daß Ruhrbehörde und Kontrollgesetz 24 sowie die übrigen Einschränkungen unserer Verfügungsgewalt vorläufig bestehen, darauf zu achten, daß wir jetzt nicht vertraglich - sicherlich auf lange Zeit - auf diese derzeit bestehende ungünstige Relation der Produktionsverhältnisse festgelegt werden.

Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang vor allem die Frage der uns künftig möglichen Investitionen. Es muß darauf hingewiesen werden, daß seit etwa 1935 weder ein normaler Ausbau noch eine normale Unterhaltung der Werke der eisenschaffenden Industrie in Deutschland möglich war, da sämtliche Investitionen bis Kriegsende absolut zweckbedingt für Rüstungsaufgaben getätigt wurden. Beispiel: Eine im Bau befindliche zweite Breitbandstraße wurde gar nicht erst in einem Stahlwerk eingesetzt, sondern auf die Aluminiumindustrie umdisponiert. Die Investitionsmittel, die seit 1945 zur Verfügung standen, waren überaus gering (250 bis 300 Mio DM) und konnten nicht zum Ausbau von Engpässen oder zu Rationalisierungszwecken, sondern mußten ausschließlich zur Wiederinstandsetzung von Kriegsschäden verwendet werden. Demgegenüber plant Monnet einen zum beachtlichen Teil bereits verwirklichten Einsatz von 4,8 Mrd. L.M. allein in der eisenschaffenden Industrie Frankreichs. Hinzu kommen die erheblichen Marshallplangelder, die in den übrigen europäischen Ländern zum Ausbau deren Stahlindustrien aufgewandt wurden bzw. noch werden sollen.

Besonderen Raum wird in den bevorstehenden Unionsverhandlungen die Frage der Erzeugung von Flachmaterial (Blechen) einnehmen. Deutschland war früher der stärkste europäische Lieferant dieser Materialien und hat durch die Demontage seiner Breitbandstraße nicht nur einen erheblichen Kapazitätsanteil, sondern vor allem seine modernste Anlage verloren. Dagegen werden in Frankreich z.Zt. zwei Breitbandstraßen gebaut; in Italien, den Niederlanden und in Österreich sind gleichfalls die Vorbereitungen zum Bau

je einer Breitbandstraße erheblich weit gediehen. Wenn alle diese Anlagen erstellt würden, wäre zwar der europäische Bedarf kapazitätsmäßig gedeckt, aber es wäre der Zielsetzung des Schuman-Planes diametral zuwidergehandelt. Abgesehen von der kostenmäßigen Verbilligung für Bleche, die durch die Erstellung einer Breitbandstraße sich ergeben würde, muß Deutschland die Forderung auf eine eigene Breitbandstraße nach wie vor aufrecht erhalten, um seine Blechwarenindustrie, die bedeutendste Europas, zu konkurrenzfähigen Preisen beliefern zu können. Diese Industrie ist infolge ihres hohen Rohstoffanteils in ihren Fertigerzeugnissen besonders frachtempfindlich.

- D. Die Lieferung von Stahl innerhalb des Unionsgebietes zu gleichen Bedingungen wirft eine erhebliche Problematik auf. Es ist noch nicht zu erkennen, ob es sich um eine Festlegung des gleichen Ab-Werk-Preises handeln soll oder um Franko-Preise für das gesamte Unionsgebiet. Frankreich hat z.Zt. verschiedene Inlands- und Exportpreise für Eisen und Stahl. Unseres Wissens ist mit einem verhältnismäßig hohen Inlandspreis der Exportpreis subventioniert worden. Die französischen Inlandspreise sind z.Zt. bei sämtlichen Walzwerkserzeugnissen, mit Ausnahme der Bleche, erheblich höher als die deutschen Preise. Sollte für Frankreich keine Möglichkeit bestehen, mit den Preisen herunterzugehen, so würde von Deutschland wahrscheinlich verlangt werden, zur Erreichung gleicher Preise seine Stahlpreise zu erhöhen. Auf die Auswirkungen auf das deutsche Gesamtkostenniveau, insbesondere auf die Exportfähigkeit der eisenverarbeitenden Industrie, sei in diesem Zusammenhang besonders hingewiesen. Eine Verbesserung der Kostenbedingungen der französischen Werke durch etwaige Verbilligung ihrer Rohstoffbezüge im Rahmen einer Union ist für uns kein Gegenargument, da ja diese Vergünstigung im wesentlichen auf deutsche Kosten gehen würde (Kohle-, Kokspreis, Frachten). Wird man dem Gedanken eines Preisausgleichs durch Ausgleichskassen näher treten, die der französischen Industrie Rohstoffbezüge zu gleichen Bedingungen mit uns und daher zu besseren Kosten und zu möglichen Preisherabsetzungen verhelfen soll, würden wir ebenso volkswirtschaftlich davon betroffen werden, wie wenn wir unsere Preise auf das Niveau der französischen Preise heben müßten.

Eine Preisgleichstellung für Edelstahl erscheint vorläufig überhaupt noch unmöglich.

Sollte ein gleicher Franko-Preis für das gesamte Unionsgebiet erwogen werden, so würde dies bedeuten, daß die französische Industrie sich nicht nur den Weg nach Süddeutschland, sondern auch nach Nordwestdeutschland, selbst in die Ruhr eröffnen könnte. Umgekehrt hätten wir nicht die gleichen Chancen, da die französische verarbeitende Industrie ein wesentlich geringerer Abnehmer als die deutsche ist. Die sich daraus ergebende Absatzlage würde nur ein Korrektiv erhalten können, wenn es uns gelingen würde, bei gleichen Preisen mit den französischen ein qualitativ besseres Erzeugnis anzubieten.

- E. Die Entwicklung einer gemeinsamen Ausfuhr der Unionspartner sollte unter der Voraussetzung als unbedenklich erscheinen, daß es uns gelingt, die für den Ausgleich unserer Handelsbilanz erforderliche Ausweitung der unmittelbaren Eisen- und Stahlausfuhren sicherzustellen. Man wird sich darüber klar sein müssen, daß die Organisation einer gemeinsamen Ausfuhr ohne Verständigung über Märkte und Quoten sowie die Festlegung von Exportpreisen wohl kaum möglich sein wird. Der wertvolle Fundus unserer Exportorganisation und der damit verbundenen Erfahrungen und Verbindungen kommt der Union insofern zugute, als Auslandsaufträge die gesamten Absatzmöglichkeiten der Union haben. In diesem Zusammenhang mag ein kurzer Hinweis darauf nötig sein, daß eine Entwicklung der Ausfuhr nach den afrikanischen Besitzungen Frankreichs vorläufig nicht allzu viel verspricht. Nach dem französischen Kolonialgebiet, Westafrika, Algier, Marokko und Tunis, wurden von Frankreich im Jahre 1929 180.000 t, im Jahre 1936 142.000 t Walzwerkserzeugnisse geliefert.

	1913	1929	1937	1938	1949	I. Quartal 1950
	t	t	t	t	t	t
<b>Roheisen:</b>						
Deutschland	16 751 311	13 401 000	15 958 364	18 045 000	7 140 000	2 140 000
				(incl.Saar)	(Bundesgeb.)	(Bundesgeb.)
Frankreich	5 207 307	10 364 000	7 914 205	6 012 000	8 356 000	1 796 000
Saar		(incl.Saar)			1 581 000	394 000
Luxemburg	2 547 861	2 906 000	2 512 495	1 551 000	2 372 000	547 000
Belgien	2 484 690	4 041 000	3 042 807	2 426 000	3 745 000	1 038 000
Großbritannien	10 424 480	7 711 000	8 629 000	6 869 000	9 656 000	2 488 000
USA	31 461 610	43 296 000	37 721 313	19 464 000	49 176 000	12 624 694

**Rohstahl- (Flußstahl-) Erzeugung:**

Deutschland	17 538 326	16 246 000	19 848 824	22 656 000	9 157 000	2 320 000
				(incl.Saar)	(Bundesgeb.)	(Bundesgeb.)
Frankreich	4 686 855	9 711 000	7 920 084	6 221 000	9 111 000	2 000 000
Saar		(incl.Saar)			1 757 000	442 000
Luxemburg	1 336 263	2 702 000	2 510 234	1 437 000	2 275 000	536 000
Belgien	2 466 630	4 109 000	3 868 907	2 279 000	3 840 000	989 000
Großbritannien	7 786 498	9 790 000	13 191 800	10 564 000	15 800 000	4 235 000
USA	31 801 688	57 327 000	51 377 800	28 890 000	70 642 000	20 112 113





	Bundesgebiet		Saar		Frankreich NA = Nordafrika		Belgien		Luxemburg		Italien		Niederlande		Großbritannien	
	1938	1949	1938	1949	1938	1949	1938	1949	1938	1949	1938	1949	1938	1949	1938	1949
Eisenförderung	9 044	9 112	-	-	33 176 NA 4 145	31 328 NA 3 589	181	45	5 141	4 150	990	521	-	-	12 100	13 600
Fe - unweit	2 683	2 436	-	-	9 289 NA 2 075	8 771 NA 1 800										
Fe - Gehalt in %	29,6	26,8	-	-	28 NA 45-50	28 NA 45-50										
Einfuhr von Eisenerzen	21 928	4 518	-	-	437	395	9 304	9 091	in Belgienhalten		386	111	489	777	5 245	8 042
Sängenerzen	426	62			321	272	196	.			58	47	18	18	196	479
Schwefelkies, Abfälle, Schlacken	3 116	194														
Ausfuhr von Eisenerzen	5	6			14 876	7 235	2 047	297					1	69	1	.
Stahlkohlenerzeugung	137 000	103 200	14 400	14 300	46 504	51 198	29 595	27 960			598	1 108	13 500	11 600	234 300	218 600
Einfuhr von Stahlkohlen	4 970	2 137			16 683	14 373	4 484	1 177			11 763	8 721	4 975	3 980	9	.
Ausfuhr von Stahlkohlen	29 638	13 189			886	5 342	4 674	1 365			11	8	3 417	18	36 430	14 130
Kokalerzeugung	36 700	25 100	3 100	3 600	7 636	6 769	4 399	4 969	-	-	1 739	1 506	3 200	2 400	13 000	15 400
Einfuhr von Koks	591	70	.	.	2 362	3 982	1 938	2 276	.	.	215	29	331	7	3	.
Ausfuhr von Koks	5 295	7 786	.	.	212	411	1 204	398	.	.	.	119	2 170	967	1 392	886
Rohstahlerzeugung																
Rohblöcke	17 338	9 025	2 535	.	6 057	8 883	2 212	3 780	.	.	2 240	1 977	.	.	10 313	15 367
Stahlformmasse	564	131	22	.	154	228	67	68	.	.	83	78	.	.	252	433
insgesamt	17 902	9 156	2 557	1 767	6 221	9 111	2 279	3 848	1 437	2 275	2 323	2 055	100	440	10 564	15 800
davon Thomsstahl	7 185	4 057	1 945	1 288	3 735	5 650	1 806	3 272	1 380	2 226	.	.			437	831
SM - Stahl	9 673	4 868	567	425	2 074	2 794	315	438	.	.	1 684	1 372			8 616	13 813
Elektrostahl	688	163	36		359	575	32	73	47	49	628	682			226	751
Basismetall	177	34	10	44	49	142	26	66			11	1			167	230
Tiegelstahl u.a.	40	34			4										118	175
Rohisenerzeugung	15 176	7 140	2 410	1 992	6 012	8 355	2 426	3 745	1 551	2 372	929	445	276	433	6 868	9 656
davon Thomsrohisen	9 683	4 667	2 195	1 460	4 803	6 734	2 236	3 568	1 539	2 360	685	315			3 823	6 390
Stahlisen	3 220	1 320			207	344									25	40
Spiegelisen	220	66			70	150									106	139
Ferromangan	147	31			44	84										
insgesamt	13 280	6 084	2 195	1 460	5 124	7 312	2 236	3 568	1 539	2 360	785	345			3 954	6 529
Hämfitrohisen	766	322			226	246									1 508	1 482
Temperrohisen	123	110														
Glassenrohisen	724	519	163	.	661	608	190	177	12	12	191	78			1 407	1 666
Sonstige Sorten	237	79	53	122	1	189										
insg. für Glassorten	1 395	1 030	216	122	888	1 043	180	177	12	12	191	78			2 915	3 127
Hochofen-Ferro-Silizium	45	26									12	22				
Einfuhr von Rohisen	466	13			34	15	118	92	in Belgienhalten		70	216	18	3	430	351
Ausfuhr von Rohisen	67	92			542	203	185	21				3	218	235	102	29
Stand der Hochöfen	.	121	30	30	199	176	64	57	35	32	.	9	.	.	190	142
davon in Betrieb	.	63	26	16	86	99	36	34	19	19	.	.	.	.	99	102
Salzstahlerzeugung	11 730	6 339	1 927	1 219	4 054	6 110	1 788	2 982	1 026	1 482	1 659	1 595	.	.	8 059	12 359
davon Eisenbahnboilerstoffe	982	285	122	25	419	492	113	108	96	135	92	44	.	.	499	544
Formstahl	792	671	279	178	374	506	120	203	328	351	68	116	.	.	1 568	1 913
Stabstahl	3 881	1 860	782	428	1 482	2 190	752	1 162	427	621	735	631	.	.	1 363	2 573
Walzdraht	1 114	645	197	96	395	696	127	355	56	157	170	216	.	.	500	819
Bandsstahl	725	608	189	93	189	347	122	217	57	74	.	.	.	.	552	1 200
Breitflachstahl	262	106		25	33	45					.	.	.	.		
Großbleche	1 507	627	245	165	278	529		847	62		205	143	.	.	1 393	2 066
Mittelsbleche	247	169		82	174	282				144	180	180	.	.		
Feinbleche	1 270	937	114	87	570	705	177				82	40	.	.	1 447	2 245
Stahlrohren	950	430	.	40	160	319	45	90			127	225	.	.	737	1 005
Einfuhr von Salzstahlerzeugnissen	336	58	.	.	27	167	60	50	in Belgienhalten		181	295	674	754	936	874
Ausfuhr von Salzstahlerzeugnissen	1 736	449	.	.	1 085	1 562	2 084	3 361	.	.	79	146	27	44	1 408	1 759

Energiewirtschaft im Schuman-Plan.

Die Auswirkungen der Montan-Union auf Elektrizität und Gas liegen bei dem engen technischen und ökonomischen Verbund Kohle-Eisen-Energie auf der Hand.

Die Berührung Kohle-Energie ist besonders augenfällig bei Koks - Gas, deren Produktionsanfall sogar unmittelbar voneinander abhängig ist. Von der Elektrizitätserzeugung 1949 in Westdeutschland sind rd. 60% = 24 Milliarden kWh mit Steinkohle erzeugt., 25% = rd. 10 Milliarden kWh mit Braunkohle und nur 15% aus Wasserkraft.

Auf dem Gebiete der Elektrizitäts- und Gaswirtschaft sind mit guten Ergebnissen seit einer Generation die Landesgrenzen überschritten worden. Mit Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, der Schweiz und dem westdeutschen Hochspannungsnetz bestehen zahlreiche Leitungsverbindungen, z.T. auch Verbindungen der Gasfernleitungen, die einen regen und auch wirtschaftlich befriedigenden Energieaustausch ermöglicht haben.

Stromaustausch 1949

Export nach	Frankreich	540 Millionen kWh
	Belgien	38 " "
	Holland	1 " "
	Schweiz	38 " "
Import nach	Frankreich	3 Millionen kWh
	Belgien	39 " "
	Holland	14 " "
	Schweiz	66 " "

Durch Erwägungen innerhalb der OEEC wurden bereits Grundlagen für eine noch engere Zusammenarbeit der Energiewirtschaft geschaffen.

Die westdeutsche Gaswirtschaft steht in einem entwicklungs-fähigen Verbund mit Holland, Belgien, der Schweiz und vor allem dem Saargebiet; sie hat noch erheblich Reserven (etwa 25%) in der unausgenützten Kokereikapazität. Auf französischer Seite ist die Absicht zu erkennen, in erster Linie die neu errichteten eigenen Kokereien heranzuziehen, obwohl die Voraussetzungen hierfür nicht gleich günstig liegen wie bei der Ruhrkohle (Ruhrkoks besser zur Verhüttung geeignet, Zerreißung der Verbund-wärmewirtschaft an der Ruhr).

In der Linienbeziehung von Gas und Elektrizität in eine Union würden auf lange Sicht günstige Entwicklungsmöglichkeiten für die westdeutsche Energiewirtschaft liegen. Der Bedarf sowohl an Gas

als auch an Elektrizität ist in Frankreich, den Benelux-  
ländern und Westdeutschland um ein Vielfaches steigerungs-  
fähig; Kopfverbrauch in Frankreich (etwa 600 kWh je Ein-  
wohner) und Deutschland (700 kWh) liegt bei etwa 25% des  
spezifischen Verbrauchs in den USA. Der Ausbau von Kraft-  
werken auf den Ruhrzechen, wo Abfallkohle anfällt, und auf  
der linksrheinischer Braunkohle und der Verbundbetrieb  
dieser Werke mit den französischen Wasserkraften würden be-  
fruchtende Auswirkungen auf die ganze westeuropäische Wirt-  
schaft haben.

Verkehrsfragen im Schuman-Plan.

1. Nach dem Beschluß des Französischen Ministerrats vom 9.5.50 ist

"a) die Belieferung des französischen und deutschen Marktes sowie der Märkte der Mitgliedsstaaten mit Kohle und Stahl zu gleichen Bedingungen sicherzustellen" und

"b) darf der Austausch von Kohle und Stahl nicht unterschiedlichen Transportsätzen unterliegen".

Der Schwerpunkt der verkehrlichen Vorarbeiten im Rahmen des Schuman-Plans dürfte demnach auf dem Tarifgebiet liegen.

2. Das deutsche und das französische Eisenbahn-Tarifsystem sind grundsätzlich verschieden. Im deutschen Tarifsystem überwiegen gemeinwirtschaftliche und sozialpolitische Gesichtspunkte. Die französischen Tarife sind neuerdings mehr nach Selbstkostengrundsätzen ausgerichtet.
3. Die deutschen Binnentarife können nicht ohne weiteres übertragen werden auf künftig zu schaffende Wechseltarife. Sie gehen in ihrer Entstehung teilweise zurück auf wirtschaftliche Notstände - Siegerländer und Salzgitter-Erzbergbau und Eisenindustrie - oder auf das Bestreben, Devisen für Erz Einführen zu sparen - Versorgung der deutschen Eisenindustrie mit minderwertigen Erzen aus Süddeutschland (Doggererze) -. Das gleiche gilt für die verbilligten Kohlentarife zugunsten der fern der Ruhr gelegenen Hüttenwerke. Eine Übertragung von Frachtsätzen, die zu Unterstützungszwecken oder aus Verkehrswettbewerbsgründen erstellt sind, würde eine finanziell untragbare Belastung der Verkehrsträger bedeuten.
4. Der Schuman-Plan baut offenbar auf der Grundlage voller Gleichberechtigung für die Kohlenförderung und Stahlerzeugung sowohl in Frankreich wie in Deutschland auf. Hierzu wäre erforderlich, dass im französischen Tarif entsprechende Massnahmen zugunsten der Einfuhr aus Deutschland und der Ausfuhr nach Deutschland geschaffen werden.
5. Einzelheiten über Tarife und Zahlen können erst gesagt werden, wenn sich übersehen lässt, welche Maßnahmen im Rahmen der Union für Kohle, Erz, Eisen und Stahl beabsichtigt sind. So wäre vor näherem Eingehen auf die Frachtfraage u.a. eine Klärung erforderlich, ob die Beförderungspreise durch einen Frachtausgleich beeinflusst werden sollen.